

Die Deutsche Werke AG in Dachau

Das Dachauer Zweigwerk in den Krisenjahren 1921 bis 1923 im Spiegel der Betriebsratsakten

Von Werner Dreher

Die Zeitspanne vom November 1919, als die Deutsche Werke AG die ehemalige Pulver- und Munitionsfabrik Dachau übernahm, bis zum Mai 1924, als die Berliner Zentrale des Reichswerkes den unrentablen Dachauer Betrieb stilllegte¹, ist in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Dachaus aufgrund der schwierigen Quellenlage bis heute nur fragmentarisch behandelt worden. In den Dachauer Ratsprotokollen ist erstmals am 29. Mai 1920 von dem »Reichswerk« die Rede;² die Bezeichnung »Deutsche Werke« findet darin am 18. Dezember 1920 zum ersten Mal Verwendung.³

Näheren Aufschluß über die Betriebsstruktur und den Existenzkampf des Dachauer Werkes, insbesondere in den wirtschaftlichen Krisenjahren 1922 und 1923, ermöglicht nunmehr ein Neuzugang in das Dachauer Stadtarchiv: eine Akte des Betriebsrates der Deutschen Werke in Dachau,⁴ die Archivleiter Dr. Gerhard Hanke dem Verfasser dieses Beitrags dankenswerterweise für eine erste Auswertung zur Verfügung stellte. Die Betriebsratskorrespondenz deckt formal den Zeitraum vom 29. März 1922 bis 8. Juni 1923 ab, enthält jedoch unter anderem auch einen detaillierten Rechenschaftsbericht für das Betriebsjahr 1921. Einen genaueren Einblick in Ausbau und Entwicklung des auf die sogenannte »Friedensarbeit«⁵ umgestellten Rüstungsbetriebes gewährt ein neunseitiges Schriftstück, das der Betriebsrat des Werkes Dachau am 29. März 1922 an den Zentral-Betriebsrat der Deutschen Werke in Spandau richtete. Alle im folgenden angeführten Zitate beziehen sich auf den Jahresbericht für das Betriebsjahr 1921. Die wirtschaftliche Hauptaufgabe bestand nach Worten des Dachauer Betriebsratsvorsitzenden Carl Aufhauser auch im Jahr 1921 noch »im Ausbau und Zerstören der Pulver- und Munitionsanlage nach dem Friedensvertrag«. Gleichzeitig allerdings wurde »die Umstellung und Einrichtung von Werkstätten für Holzbearbeitung vorgenommen«. Mit einer Anmerkung greift Aufhauser sogar in das erste Betriebsjahr der Dachauer Reichswerkfiliale zurück: »Wir haben im Jahre 1920 und 1921 im oberen Teile unserer Fabrikanlage, dem früheren Munitionsbetrieb, eine moderne Anlage zur Herstellung eingerichtet.«

Dreschmaschinen und Demontage

Das wirtschaftliche Fiasko des Dachauer Betriebes nahm seinen Lauf, als im Juli 1921 die Dreschmaschinenproduktion abgekoppelt und auf Weisung der Zentrale der Deutschen Werke AG vom Werk München übernommen wurde. Während der einigermaßen florierende Betriebsteil fortan also unter der Bezeichnung »Dachau L« die Wirtschaftskraft des Münchner Werkes stärkte, war der übrige Betriebsteil »Dachau P« wiederum auf Demontage- und Abbrucharbeiten an der vormaligen Pulverfabrik angewiesen. »Um jedoch nicht ein unrichtiges Bild erscheinen zu lassen«, stellt der Dachauer



Vignette auf den Briefbögen der Deutschen Werke, Zweigwerk Dachau.

Betriebsrat klar, »müssen wir noch bemerken, daß wir eine moderne Grosskraftanlage besitzen, welche an der Stromerzeugung für den oberbayerischen Bezirk im Anschluß an die Amperwerke wesentlich beteiligt ist. Sie verstehen, dass sich bei einem derartigen neuzeitlichen Betrieb Verbesserungen ohne weiteres erübrigen.« Zum Dachauer Betrieb gehörte auch eine »mechanische Werkstätte . . . ebenfalls im besten Zustande«. Was den Dachauer Betriebsrat zu Recht ärgerte, war der organisatorische und technische Mehraufwand nach der Abtrennung der Dreschmaschinenfabrikation. So zum Beispiel trug das Werk Dachau weiterhin die gesamten Kosten für die Verwaltung und Instandsetzung der Personalwohnungen, für die Gleisanlagen und für das Wachpersonal – »zu Gunsten von Werk München«.

Nur knapp 400 Arbeitsplätze

Wie aus dem Brief an den Spandauer Zentral-Betriebsrat weiter hervorgeht, waren im Werk Dachau folgende Berufe vertreten: »Schlosser, Schreiner, Dreher, Elektromonteur, Maschinisten, Heizer, Ingenieure, Techniker, Werkmeister, Architekt, Kaufleute aller Sparten.« Außerdem waren dem Werk eine Gärtnerei, eine Ökonomie und ein Fuhrpark angegliedert. Die Interessen der Fabrikarbeiter vertraten bis zum September 1921 acht, danach sieben Betriebsratsmitglieder. »Die Zahl der Belegschaft betrug durchschnittlich 300 Arbeiter und 15 Arbeiterinnen«, berichtete Aufhauser. »Die Zahl der Angestellten ist durchschnittlich 70 männliche und 7 weibliche.« Diese Zahlen führen deutlich vor Augen, daß die Deutschen Werke in Dachau nur einen Bruchteil der Arbeitsplätze ersetzen konnten, die mit der Schließung der Pulver- und Munitionsfabrik im November

1919 verloren gegangen waren. Deren Zahl betrug im April 1918 über 5500.⁶

Für die werktätige Bevölkerung in Dachau vollzog sich die Umstellung der ehemaligen Heereswerkstätte auf einen Friedensbetrieb in Gestalt der Deutschen Werke im Zahlenvergleich ungleich härter als in den anderen dreizehn ehemaligen preußischen und bayerischen Rüstungsbetrieben. Waren im letzten Kriegsjahr 1918 insgesamt 199 655 Personen in den vierzehn Heereswerkstätten beschäftigt, blieben davon nach der Entmilitarisierung insgesamt 36 817 Kräfte bei der Deutschen Werke AG übrig.⁷ Doch in Dachau wie andernorts dämpften bescheidene, oft unsichere Lohnzahlungen sowie die wenig motivierende Aufgabe, wertvolle Maschinen, Produktionsanlagen und technische Apparate gemäß den Friedensvertragsbestimmungen verschrotten zu müssen, die Arbeitsmoral. Staatszuschüsse blieben aus. Von vornherein gerieten die Deutschen Werke somit an allen vierzehn Standorten gegenüber den etablierten »Friedenskonzernen« im Ringen um Marktanteile in ganz besonderem Ausmaß ins Hintertreffen.

Mitbestimmung und soziales Netz

Der Zentral-Betriebsrat in Spandau überwachte, so gut es ging, die sozialen Leistungen und Absicherungen in den Niederlassungen der Deutschen Werke. Über die betriebliche Arbeitnehmervertretung hinaus verfügte der Betrieb Dachau über eine eigene, von den übrigen Produktionsanlagen getrennte »Lehrlingswerkstätte für Metallbearbeitung mit neuzeitlicher Einrichtung«. Die Lehrzeit für einen »Mechaniker« zum Beispiel betrug vier Jahre.⁸ Fürsorge für Kriegs- und Unfallverletzte hat das Werk Dachau insofern getroffen, als es »7 % der Belegschaft als Kriegs- bzw. Unfallverletzte, die mit vollem Lohn beschäftigt sind«, nachweisen konnte. »Die Kriegsbeschädigten haben ihren eigenen Vertrauensmann, der wichtige Fragen mit dem Betriebsrat gemeinsam erledigt.« Zum damaligen sozialen Netz zählte auch ein »Mitbestimmungsrecht bei Ein- und Ausstellung«, das sich die Arbeiterschaft durch ihre zuständigen Betriebsratsvertreter der Direktion gegenüber durch mündliche Vereinbarung gesichert hat. Über ein ähnliches Mitbestimmungsrecht der Angestelltenschaft waren zum Berichtszeitpunkt »noch die Verhandlungen im Gange«. Das Werk Dachau hatte eine eigene Betriebskrankenkasse. Der Gesundheit und Hygiene diene ferner eine werkseigene, »modern eingerichtete Badeanstalt für Wannen- und Brausebäder, die von unserem dem Badehaus gegenüberliegenden Dampfkraftwerk gespeist wird«. Doch hier hatte die Werkleitung bereits den Hahn zugedreht: »In dem Bestreben überflüssige Ausgaben zu vermeiden, hat die Hauptverwaltung die Einstellung des Badebetriebes angeordnet«, meldete Aufhauser dem Zentral-Betriebsrat. Verpflegt wurden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der zwei Kilometer östlich von Dachau gelegenen Deutschen Werke in einer Werkskantine, die Angestellten in einem außerhalb der Umfassungsmauer stehenden Kasino. Für die Angestellten standen modern ausgestattete Werkwohnungen zur Verfügung; weniger bequem waren die »Barackenwohnungen« für die Arbeiterfamilien.

Kurzarbeit und tödlicher Unfall

»Wegen Arbeitsmangel waren wir im vergangenen Jahre gezwungen, auf 14 Tage die Arbeitszeit auf 36 Stunden per Woche zu verkürzen«, heißt es sodann in dem Schreiben des Dachauer Betriebsrates vom 29. März 1922. Die wöchentliche Regelarbeitszeit war auf 48 Stunden festgesetzt. Streiks fanden im Berichtsjahr 1921 nicht statt, wohl aber ein Jahr später am 22. und 23. März. Fünf Eigentumsdelikte, die 1921 im Werk Dachau zu verzeichnen waren, ahndete die Werkleitung mit sofortiger Entlassung und polizeilicher Anzeige. Bei insgesamt 69 Betriebsunfällen im Jahr 1921 wurden 43 Personen leicht und 25 schwerwiegender verletzt. Ein Arbeiter kam bei der »Explosion eines Lokomotivkessels« ums Leben. Die aus dem bislang unveröffentlichten Jahresbericht des Dachauer Betriebsrates für das Jahr 1921 entnommenen Strukturdaten erhellen, daß die Deutsche Werke AG auch am Standort Dachau mit inneren und äußeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Die Berliner Zentrale ließ nichts unversucht, die »Arbeiter und Angestellten eines ausschließlich friedfertigen Zwecken dienenden, verhältnismäßig jungen Betriebs . . ., deren Väter ihm vielleicht schon in seiner früheren Gestalt gedient haben«, auf ein organisches, gedeihliches Miteinander einzuschwören und ihnen »Schaffensfreude« zu vermitteln.⁹ Nach außen wehrte sich die zentrale Werksleitung verzweifelt gegen die immer wieder von Landespolitikern erhobenen Vorwürfe, die »Berliner Bankerottwirtschaft« halte sich nur mittels einer »gewissenlosen Verschleuderung von Werten« über Wasser.¹⁰ Vor allem aber türmte die Entente mit rigorosen Demontage- und Umbauauflagen dem Hoffnungsträger Deutsche Werke AG einen Berg von Schwierigkeiten auf, der sich in den Inflationsjahren als unüberwindlich erweisen sollte.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen:

¹ Sybille Steinbacher: Dachau – Die Stadt und das Konzentrationslager in der NS-Zeit. Die Untersuchung einer Nachbarschaft. Frankfurt a. M. 1993, S. 40f.

² StADah RPr v. 29. 5. 1920 Nr. 267.

³ StADah RPr v. 18. 12. 1920 Nr. 620.

⁴ StADah Fremdbestand, Deutsche Werke AG, Werk Dachau, Betriebsratskorrespondenz vom 29. März 1922 bis 8. Juni 1923.

⁵ Namenskürzel rm: Der Landtag bei den Deutschen Werken. In: Münchener Zeitung v. 6. 12. 1922.

⁶ Stefan Grubl: Arbeiterinnen in der Pulver- und Munitionsfabrik Dachau. Frauenarbeit im Ersten Weltkrieg. Amperland 30 (1994) 394.

⁷ N. N.: Das Neue Universum. 43. Jahrgang, Berlin 1922, S. 143–150.

⁸ Lehrvertrag zwischen Joseph Groß, Dachau, und der Deutschen Werke AG, Werk Dachau, vom 15. Mai 1922 (Privatarchiv).

⁹ N. N.: Zur Vorgeschichte unserer Werke. In: Archiv der Deutschen Werke Aktiengesellschaft Nr. 4, Berlin August 1921.

¹⁰ Ebenda S. 44.

Anschrift des Verfassers:
Werner Dreher, Felix-Dahn-Straße 9, 85221 Dachau

Liebe Leser!

Viele Leser wollen sich die Hefte der Jahrgänge 1993 und 1994 als achten Sammelband unserer Zeitschrift binden lassen. Wir weisen darauf hin, daß die Buchbindereien hierfür sehr stark von einander abweichende Preise verlangen.

Hintergrund, sondern ein Haus, wie es in Bruck stehen oder gestanden haben könnte.

Wie lange die Familie Rau Bruck die Treue gehalten hat, wissen wir nicht. Einige Jahre hindurch hat Emil Rau jedoch die Sommermonate dort verbracht. Er kann als typischer Vertreter der Fürstenfeldbrucker Malerkolonie angesehen werden. Wie die meisten war auch er der Münchner Schule eng verbunden bzw. ein Teil von ihr. Rau hatte wie die meisten Brucker Künstler seine Ausbildung an der Münchner Kunstakademie beendet und stellte wie sie im Münchner Glaspalast aus. Doch anders als die meisten seiner Kollegen ließ er sich nur selten von den malerischen Plätzen der Amperauen anregen, sondern malte auch hier vorwiegend seine »ländlichen Schönheiten«.

Anmerkungen:

- ¹ Walter G. Well: Maler im Fürstenfeldbrucker Land. München 1988.
- ² Cornelia Oelwein: Von der schönsten Seite. Emil Rau in der Bewertung. Antiquitätenzeitung 26 (1994), S. 890 ff.
- ³ Nach frdl. Mitteilung von Frau Hoppe (Stadtarchiv der Landeshauptstadt Dresden).
- ⁴ Nach frdl. Mitteilung von Frau Dr. Kardinar (Hochschule für Bildende Künste), Frau Petrasch (Sächsisches Hauptstaatsarchiv) und von Herrn Dr. Manfred Mühlner (Sächsische Landesbibliothek), alle Dresden.
- ⁵ Ulrich Thieme – Felix Becker (Hrsg.): Allgemeines Lexikon der Bildenden Künste. Leipzig 1907 ff. Bd. XXVIII, S. 35.
- ⁶ Helmut Börsch-Supan: Die Deutsche Malerei von Anton Graff bis Hans von Marées. 1760–1870. München 1988, S. 560.
- ⁷ Nach frdl. Mitteilung von Frau Petrasch, siehe Anm. 4.
- ⁸ Nach frdl. Mitteilung von Herrn Hausner (Akademie der Bildenden Künste München).
- ⁹ Bruckmanns Lexikon der Münchner Kunst. Münchner Malerei im 19. Jahrhundert. Bd. III, München 1982, S. 331.
- ¹⁰ Nach frdl. Mitteilung von Herrn Dr. Hajo Hecker (Stadtarchiv München; PMB, R 35).
- ¹¹ Am 11. Juni 1892, am 3. Juni 1893, am 9. Juni 1894 und am 15. Juni 1895.
- ¹² Nach den Adreßbüchern von Bruck bzw. Fürstenfeldbruck aus den Jahren 1885/86, 1900 und 1909.

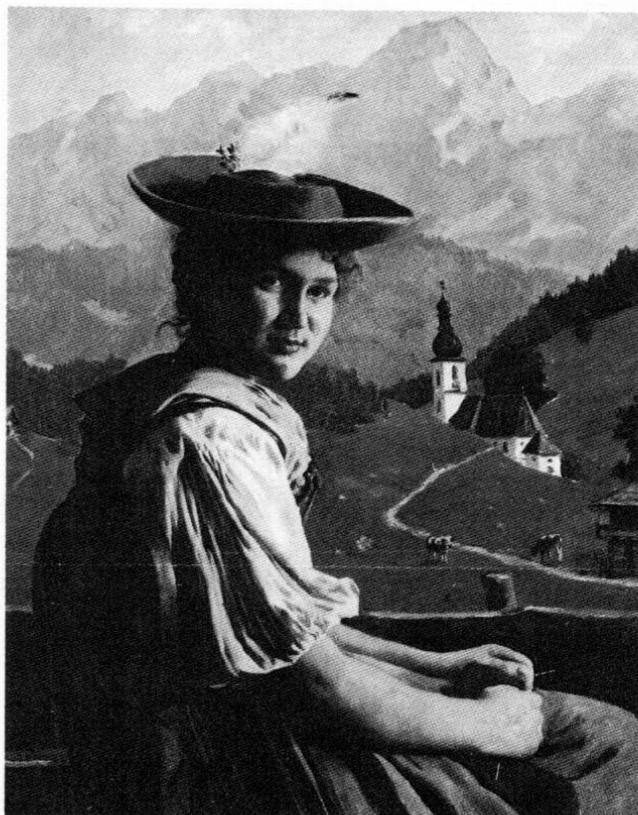


Abb. 4: Porträt eines jungen Mädchens mit Strickstrumpf. Typisches Ölgemälde von Emil Rau, signiert, 60,5 x 50 cm. Foto: Auktionshaus Zeller, Lindau

¹³ Vgl. Cornelia Oelwein: Stammbucheinträge aus Bruck. Voraussichtlich in Amperland 3/1995.

¹⁴ Hermann Uhde-Bernays: Die Münchner Malerei im 19. Jahrhundert. Teil 2: 1850–1900. München 1927, S. 207.

¹⁵ 1992 und 1993 bei Dr. Nagel in Stuttgart bzw. Neumeister in München.

Anschrift der Verfasserin:

Dr. Cornelia Oelwein, Ruderstieg 13a, 21224 Rosengarten

Die Deutsche Werke AG in Dachau

Das Dachauer Zweigwerk in den Krisenjahren 1921 bis 1923 im Spiegel der Betriebsratsakten

Von Werner Dreher

(Fortsetzung)

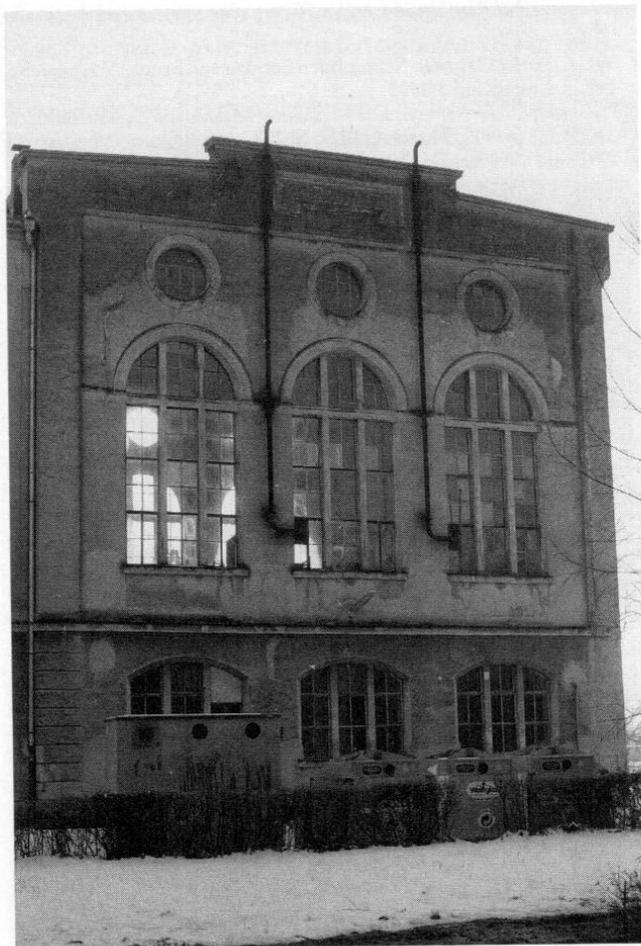
»Am Montag abend waren mit dem Landtagspräsidenten Königbauer und den Ministern Dr. v. Meinel, Dr. Krausneck, Dr. Matt, Dr. Schwyer, Dr. Gürtner und Oswald zahlreiche Mitglieder des Bayerischen Landtags zu einem Vortragsabend der »Deutschen Werke A.-G.« im Hotel Union gefolgt, um einen genaueren Einblick in Ausbau und Entwicklung dieser auf die Friedensarbeit umgestellten ehemaligen Rüstungsbetriebe zu gewinnen«, berichtete die »Münchener Zeitung« am 6. Dezember 1922! »Der Generaldirektor des Unternehmens, Dr. Weinlig, Berlin, gab in seinem durch Lichtbilder unterstützten Vortrag einen Begriff von den ungeheuerlichen Schwierigkeiten, die bei der Entstehung und dem ganzen Aufbau der »Deutschen Werke Aktiengesellschaft« in mühsamster Arbeit zu überwinden waren.« Der Berichterstatter der »Münchener Zeitung« verlieh seiner Erschütterung über das »vandalische Zerstörungswerk« Ausdruck, das die Entente in Sachen Demontage

ehemaliger staatlicher Rüstungsbetriebe seit 1919 unerbittlich verfolge und dabei »auch jetzt noch immer ihre Forderungen« steigere. Dem Zeitungsbericht zufolge waren Ende 1922 über 40000 Mitarbeiter bei den Deutschen Werken beschäftigt. Als »nichtsnutzige Verleumdung« zurückgewiesen habe Dr. Weinlig kursierende Gerüchte, daß die bayerischen Zweigbetriebe der Deutschen Werke abgestoßen werden sollen. Vielmehr seien unter anderem die »vorzüglichen Ergebnisse« der Werke München und Dachau bei der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen hervorgehoben worden. Der Betriebsrat der Deutschen Werke AG in Dachau nahm die Ausführungen des Generaldirektors Dr. Weinlig, gelinde ausgedrückt, mit äußerster Zurückhaltung auf. »Das Werk Dachau wurde von der Hv. [Hauptverwaltung] stets etwas stiefmütterlich behandelt«, führt der Betriebsratsvorsitzende Carl Aufhauser in seinem Bericht über das Geschäftsjahr 1922 aus.² »Es mögen vielfach politische[,] leider vielleicht auch persönliche

Anschauungen maßgebend gewesen sein«, deutet Aufhauser an. Er stellt in seinem Bericht dar, daß in den zurückliegenden drei Jahren verschiedenste Projekte ausgearbeitet worden waren, »von welchen wohl das einer Papierfabrik in Anbetracht der vorhandenen Mahlhol­länder-Anlage das geeignetste gewesen sein dürfte«. Der Vorgängerbetrieb der Deutschen Werke in Dachau, die Pulver- und Munitionsfabrik, produzierte in der so­genannten »Holländerhalle« Schießwolle.³ Hierbei wurde durch Umwandlung gewöhnlicher Baumwolle mittels Einwirkung konzentrierter Salpetersäure und Beimen­gung von Schwefelsäure ein Explosivstoff gebildet. Im Holländer wurde die gallertartige Masse kräftig durchge­knetet und durch Walzwerke zu dünnen, durchscheinenden Platten geformt.

Übermächtige Konkurrenz

Umgestellt auf Friedensbetrieb, hätten auf derselben Maschinenanlage in der Holländerhalle leicht Lumpen, Zellulose oder Strohstoff zu Papier verarbeitet werden können. Doch die übermächtige Konkurrenz in Gestalt der 1862 gegründeten »München-Dachauer Actiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation« wußte dieses Vorhaben zu vereiteln. Zur Begutachtung dieses Projektes – klagt der Betriebsrat der Deutschen Werke – seien »Direktoren von benachbarten Papierfabriken herange-



Das Herzstück des Kraftwerkes aus dem Jahr 1915/16 ist nach dem späteren Abbruch von zwei Dritteln der ursprünglichen Bausubstanz heute noch übriggeblieben. Die Anlage versorgte die Hallen und Werkstätten der Pulver- und Munitionsfabrik mit Energie. Die auf Friedensbetrieb umgerüstete Deutsche Werke AG verkaufte überschüssigen Strom an die Amperwerke.

Foto: Werner Dreher, Dachau



Das Wahrzeichen des ehemaligen Industriegeländes zwischen Amper und Würm: der Wasserturm im Zentrum der vor acht Jahrzehnten errichteten Pulverfabrik Dachau. Bis in die siebziger Jahre hinein diente er der Trinkwasserversorgung auf dem Areal der heutigen bayerischen Bereitschaftspolizei.

Foto: Werner Dreher, Dachau

zogen« worden. Aufhauser: »Weiterer Kommentar überflüssig.« In der Tat konnte der MD-Fabrik in Dachau, die um die Jahrhundertwende den Staat und das Heer als bedeutendsten Abnehmer ihrer Erzeugnisse gewinnen konnte, wenig an einem örtlichen Mitbewerber um staatliche Aufträge gelegen sein. Überdies blieben die Geschäftsbeziehungen zwischen der MD-Papierfabrik und dem Staat auch nach dem Ersten Weltkrieg gefestigt: »In der bewegten Zeit der Räterepublik stellte das in der Hand der Roten Armee befindliche Papierwerk gar das dringend benötigte Papiergeld her.«⁴ Statt dessen dauerte auch noch im Jahr 1922 die Demontage und teilweise Zerstörung der gesamten Pulver- und Munitionsfertigungsanlagen an. Bitter beklagt sich Carl Aufhauser über »gewisse Leute[,] die sich einbilden[,] durch Verzögerung dieser von der Interalliierten Militärkontrollkommission verlangten Zerstörungsarbeiten unserem Unternehmen und dem Vaterland einen besonderen Dienst erwiesen zu haben. Daß damit kostbare Zeit verlorengegangen ist und übersehen wurde[,] rechtzeitig nach einer großzügigen Friedensfabrikation Umschau zu halten, ist verschiedenen Herrn jedenfalls heute noch nicht klar«. Diese »Leute« und »Herrn« sitzen natürlich in der Berliner Zentrale der Deutschen Werke AG, und Carl Aufhauser scheut sich auch nicht, Roß und Reiter zu nennen: »Der Vortrag unseres ehem. Generaldirektors Dr. Weinlig vor dem Bayr. Landtag bewies zweifellos, daß die Hv. [Hauptverwaltung] es sich zu ihrer ganz besonderen Aufgabe macht, den Trümmern nachzuweilen[,] anstatt auf denselben richtig aufzubauen.« Seit der Abkoppelung des Betriebsteiles »Dachau L« im Juli 1921 war der als »Schreinereibetrieb für Dreschmaschinenfabrikation« umgerüstete ehemalige Munitions-

betrieb dem Zweigwerk München unterstellt? Warum dies die Zentrale so anordnete, war dem Dachauer Betriebsrat, wie Aufhauser im Februar 1923 schreibt, »bis heute nicht klar«. Nach seinen Worten wäre es dem Werk Dachau ohne weiteres möglich gewesen, diesen abgetrennten Betriebsteil »L« mit dem vorhandenen kaufmännischen und technischen Personal zu betreiben. Das Werk München hingegen habe für sein neues Dachauer Teilwerk extra Personal suchen müssen. Das unter Dachauer Regie verbliebene Werk »Dachau P«, also der frühere Pulverbetrieb, durfte mit Erlaubnis der Kontrollbehörden nach Abschluß der Demontearbeiten ebenfalls auf eine Schreinerei umgestellt werden. Für die Deutschen Werke Dachau bedeutete dies: Konkurrenz im eigenen Haus! So mußten mangels organischer Verbindung der beiden Schreinereibetriebe »Dachau L« und »Dachau P« getrennte Verwaltungen, getrennte Lagerhaltung und separate, jedoch häufig sich überschneidende Kostenrechnungen geführt werden. Die Koordination der beiden Werksteile untereinander wurde durch die kuriose Leitung von der Berliner Zentrale aus, wie Aufhauser urteilte, »statt gefördert, gestört«.

Versäumnis der Werkszentrale

Während »Dachau L« mit der Fertigung von Dreschmaschinen »flott beschäftigt« war, litt das Teilwerk »Dachau P« unter äußerst bescheidenen Marktchancen. Nach dem Jahresbericht für 1922 hat der neuerrichtete Dachauer Schreinereibetrieb »bis jetzt zwei Holzhäuser für Serbien gefertigt und abgeliefert und Fenster und Türen im Wert von rund 200 000 000,- [Mark] auf Lager gearbeitet, die auf Abruf warten. Außerdem haben wir die Teppichkehrmaschinenfabrikation so weit eingerichtet, daß wir, mit laufenden Aufträgen versorgt, dieselben auch ausführen können«. Das kurzfristige Reagieren auf momentane Marktlücken konnte nach Auffassung des Dachauer Betriebsrates keineswegs das Versäumnis der Berliner Werkszentrale ausgleichen, im Werk Dachau eine »großzügige Stammfabrikation« [d. h. eine längerfristige Fixierung auf einen oder mehrere Markenartikel/Anm. d. Verf.] zu etablieren. Dies aber wäre nach Aufhausers Überzeugung die einzige Möglichkeit gewesen, »über Einschränkungen und Entlassungen von

Arbeitern hinwegzukommen«. Von der Hauptverwaltung erwartete der Betriebsratsvorsitzende eine klare Aussage darüber, »ob sie gewillt ist[,] den Dachauer Betrieb mit nötigen Aufträgen zu versehen und das Gespenst einer gänzlichen Stilllegung verschwinden zu lassen«. Der Dachauer Ruf nach einer Stammfabrikation bezog sich auch auf die bestehende mechanische Werkstätte, die – »neuzeitlich eingerichtet« – vielseitigen Ansprüchen zu genügen vermocht hätte. Unrentabel gestaltete sich dieser Betriebszweig dadurch, daß die Dachauer Werksleitung mit praktischen Vorschlägen in Berlin auf taube Ohren stieß und sich immer wieder gezwungen sah, »für kleinere Aufträge Spezialwerkzeuge herzustellen, die mangels weiterer Aufträge nicht genügend ausgenützt« werden konnten.

Ein letzter Kritikpunkt in Carl Aufhausers Jahresbericht auf das Betriebsjahr 1922 galt der Personalpolitik der Berliner Hauptverwaltung der Deutschen Werke. Sie hatte verfügt, im Zweigwerk Dachau neben dem technischen Direktor eine Planstelle für einen kaufmännischen Direktor zu schaffen. (Als »Werksbekanntmachung Nr. 8« wurde zum 30. Januar 1923 angeschlagen: »Von der Hauptverwaltung ist Herr Schiler mit der Wahrnehmung der Geschäfte des kaufmännischen Direktors des Werkes Dachau beauftragt worden und hat heute die Geschäfte übernommen.«) Der Dachauer Betriebsrat argwöhnte zu Recht, daß die mit dem neuen Direktorposten verknüpften Sparmaßnahmen »in erster Linie auf Kosten der Belegschaft durchgeführt werden sollen«.

Die ersten Kündigungen

Schon die »Werksbekanntmachung Nr. 9« vom 5. Februar 1923 bestätigte die Besorgnis der Arbeitnehmerschaft der Deutschen Werke Dachau. Werksleiter Carl Prühäuser kündigte eine Verkürzung der Regelarbeitszeit von 48 Stunden auf 36 Stunden pro Woche an. Zehn Tage später schob die Werksleitung die »an den Arbeiterat des Werkes Dachau« gerichtete Erklärung nach, daß ein Stellenabbau um etwa ein Drittel der Arbeiterschaft unumgänglich sei: »Unser Umsatz erlaubt nach Mitteilung der Hauptverwaltung einen Höchstarbeiterstand von 200 Mann. Also ist die Notwendigkeit gegeben[,] die Belegschaft auf diese Stärke zurückzubringen. Dazu

Die Holländerhalle im Bereich des ehemaligen Pulverwerkes wurde, wie auch der Wasserturm, 1981 unter Denkmalschutz gestellt. Ihren Namen verdankt sie einer sogenannten Mahlholländeranlage, auf der Schießwolle hergestellt wurde. Das Vorhaben der Deutschen Werke AG Dachau, die Holländerhalle für das Zweigwerk »Dachau P« auf Papierfabrikation umzurüsten, vereitelte die Konkurrenz schon im Ansatz.

Foto: Werner Dreher, Dachau



Vom Bezirksamte Dachau

Postscheckkonto Nr. 8510 München.



An



*Dem Betriebsrat der Deutschen Werke
München A. G.*

Gegen vereinfachte Zustellung

Dachau

Brief des Bezirksamtes Dachau an den Betriebsrat der Deutschen Werke AG Dachau (Februar 1923).

Stadtarchiv Dachau

müssen natürlich auch noch produktive Arbeiter herausgenommen werden aus solcher Produktion, für welche zunächst nicht genügender Absatz gegeben ist.« (Im Jahr 1922 verliefen die Entlassungen noch glimpflich; acht Hilfsarbeiter wurden nach Beendigung der Abbrucharbeiten ausgestellt.) Prühäuser versicherte dem Arbeiter rat das Bestreben der Werksleitung, »über die schwierige Zeit womöglich ohne einen Abbau in diesem großem Maße hinwegzukommen«. Unmißverständlich stellte die Werksleitung allerdings klar, daß es die Geringverdiener in der Belegschaft am härtesten treffen werde: »Unter den gegebenen Umständen ist aber ein Aussuchen Einzelner aus der Kündigungsliste der Hilfsarbeiter nicht möglich.«

Die »schwierige Zeit« nach der Jahreswende 1922/23, politisch ausgelöst durch den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet und volkswirtschaftlich verschärft durch eine verheerende Inflation, belastete aber auch die sozial bessergestellten, rund siebzig bis achtzig Angestellten bei den Deutschen Werken in Dachau. Ihre Interessenvertretung, der 1922 ins Leben gerufene Angestelltenrat, sah sich bei der Besetzung insbesondere gehobener Posten durch die Werkszentrale wiederholt übergangen. Die Kompetenzstreitigkeiten traten jedoch bald gegenüber einem weitaus gravierenderen Problem in den Hintergrund.

Die Kaufkraft schwindet drastisch

Schon im Juli 1922 solidarisierte man sich im Werk Dachau mit dem Gesuch des Angestelltenrates des Zweigwerkes Lippstadt (einem ehemaligen Rüstungs betrieb in Nordrhein-Westfalen) an die Berliner Zentrale, »doch nun in Anbetracht der von Tag zu Tag steigenden Teuerung die Gehaltszahlung zweimal im Monat vor-

zunehmen, und zwar, da dasselbe ultimo ausgezahlt wurde, am 15. die erste Hälfte und am 1. die zweite Hälfte«. Die Lippstädter führten als Rechenbeispiel an, daß ein Angestellter, der schon zur Monatsmitte sein halbes Gehalt in Händen hätte, »10 Pfd. Schmalz à vielleicht 40.- Mk.« bekommen würde, zum Monatsende dagegen für die gleiche Menge Schmalz (sie entsprach dem durchschnittlichen Monatsbedarf) schon das Doppelte berappen muß. Allerdings vertraute der Dachauer Angestelltenrat in dieser Frage mehr den laufenden Tarifverhandlungen der freien Gewerkschaften mit dem »Nürnberg-Fürther Arbeitgeberkartell«, dem unter anderem die gesamte bayerische Metallindustrie angehörte. Eine Einigung mit der Arbeitgeberseite kam jedoch nicht zustande; selbst die Regelung der Gehaltsbezüge mußte im Laufe des Jahres 1922 Monat für Monat per Schieds spruch des Landeseinigungsamtes Nürnberg erkämpft werden. In einem Schreiben »an den Angestelltenrat der Deutschen Werke, Werk Cassel«, verweist Aufhäuser auf »grosse Auseinandersetzungen« seinerseits mit der Dachauer Werksleitung, »da unsere Kollegen fast durchwegs eine Gruppe zu nieder eingeteilt sind. Dies war der Werksleitung von vornherein nur dadurch möglich, indem sie nun schon seit 2 Jahren erklärt, dass unser Werk in Umstellung begriffen sei und noch nicht die nötige Produktionsfähigkeit besitzt, um die geforderten Gehaltssätze zu bezahlen«. Man habe in dieser Angelegenheit zwar »schon sämtliche zuständige Gewerkschaftsvertreter mobil gemacht«, stoße jedoch immer wieder auf die Hauptschwierigkeit, »dass die Deutschen Werke keiner Arbeitgeber-Organisation angehören und dadurch immer in der Lage sind, sich dieser oder jener Frage aalglatt zu entziehen«.

In einem Brief vom 4. Dezember 1922 an die Sozial-

Abteilung der Deutschen Werke hält Carl Aufhauser der Hauptverwaltung in Berlin die Einseitigkeit ihres Standpunktes in der Frage der vierzehntäglichen Gehaltszahlung vor. Dem Kunden, der ein Erzeugnis der Deutschen Werke geordert hat, werde die Begleichung der Rechnung »spätestens an dem dem Versandtage folgenden Arbeitstage« abverlangt. Der Angestellte hingegen, der dem Arbeitgeber seine Arbeitskraft verkauft, müsse in einer Zeit drastisch sinkender Kaufkraft vier Wochen lang auf sein verdientes Gehalt warten, das täglich an Wert verliert. Wenn wenigstens von seiten der Zentrale »ehrlich und frei zugegeben« würde, moniert Aufhauser, daß es der Hauptverwaltung schwer falle, allein schon für ihre Angestelltenschaft in Berlin eine vierzehntägliche Gehaltszahlung einzuführen: »Wenn wir 1000 Angestellte in Betracht ziehen, die am 15. eines Monats durchschnittlich 5000.– M zu erhalten haben, so sind das M 5 000 000.–. Wenn diese 5 Mill. erst 14 Tage später bezahlt werden, hat während dieser Zeit diese Summe weiter arbeiten können und ist somit bis Ende eines Monats vom Unternehmer voll ausgenützt.«

Inflationsausgleich à Conto

Aus dem Briefwechsel der Angestelltenräte von Dachau und Lippstadt geht des weiteren hervor, daß sich die Angestellten der Deutschen Werke sogar den Arbeitern gegenüber benachteiligt sahen: »Der Arbeiter ist uns gegenüber stets im Vorteil, zunächst einmal durch die kürzeren Zahlungstermine seines Lohnes, sodann auch noch durch die 14-tägige Tarifänderung.« Ganz und gar unbeeindruckt von der Argumentation der Angestelltenräte zeigte sich die Hauptverwaltung der Deutschen Werke AG, die in der Bellevuestraße 12a in Berlin ihren Sitz hatte. Sie ließ Angestelltenrat und Direktion des Werkes Dachau mit Schreiben vom 14. September 1922 wissen, daß ihrer Auffassung nach »halbmonatliche Gehaltszahlungen nicht im Interesse der Angestellten liegen«. Unabhängig davon werde diese Zahlungsweise frü-

hestens dann bei den Zweigwerken eingeführt, wenn eine entsprechende tarifvertragliche Vereinbarung zwischen den Angestelltenorganisationen und den Arbeitgeberverbänden getroffen worden sei. Am 2. November 1922 sandte der »Zentralverband der Angestellten Gau Bayern« dem Werk Dachau ein Rundschreiben zu, das den Schiedsspruch des Landeseinigungsamtes zu diesem Tarifstreit beinhaltete. Das Schiedsgericht legte den Arbeitgebern nahe, anstelle der Halbmonatszahlung »am 20. 11. 22 an alle Angestellten, die seit 1. Juli im gleichen Betrieb tätig sind, den Betrag vom M. 8000.– (für Verheiratete)[,] den Ledigen den Betrag vom M. 3000.– à Conto des dreizehnten Monatsbezuges zu bezahlen«. Angestellte mit kürzerer Tätigkeit sollten einen anteiligen Betrag als Inflationsausgleich erhalten. Der Rechtsanspruch auf die Auszahlung der Jahresvergütung war somit gegeben; offen blieb indes die Frage, ob die Deutschen Werke überhaupt finanziell dazu in der Lage waren. Aus einem Brief der Hauptverwaltung vom 22. Januar 1923 an die Werke München, Dachau, Amberg und Ingolstadt geht hervor, daß das 13. Monatsgehalt für 1922 tatsächlich ausbezahlt wurde. Den von den vier bayerischen Zweigwerken geforderten vierzigprozentigen Januarvorschuß lehnte der Leiter der Hauptverwaltung, Regierungsrat Wienböck, jedoch kategorisch ab. Nur eine einzige Firma in Bayern (Isaria-Zählerwerke) habe einen solchen Vorschuß gezahlt – und: »Bei uns kommt noch der Sondergrund hinzu, daß wir den Werken keinerlei Geld für Vorschüsse zur Verfügung stellen können.« Im Klartext bedeutete dies, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Werke AG an den Zahlungsverpflichtungen der Zweigwerke keinen weiteren Anteil mehr nahm. Auch das Zweigwerk Dachau mußte somit für alle zu leistenden Zahlungen selbst aufkommen. Wachsende Stapel unbezahlter Lieferantenrechnungen und zusätzliche Bankkredite zur Entlohnung der Belegschaft waren die verhängnisvolle Folge. Die Inflation galoppierte; die Gehaltssätze für Ange-



An der heutigen »Straße der KZ-Opfer« zwischen der Wache der VI. Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau und der Würm reihen sich die ehemaligen Offiziers- und Beamtenwohnungen der Pulver- und Munitionsfabrik. Sie wurden ab 1919/20 von leitenden und höheren Angestellten der Deutschen Werke AG bezogen.

Foto: Werner Dreher, Dachau

stellte der Deutschen Werke bewegten sich im Januar 1923 in einem Spielraum zwischen 75 950 Mark (kaufmännische Angestellte der Gruppe Ia) bis 178 460 Mark (technische Angestellte der Gruppe IV).

Da die Löhne und Gehälter dennoch stets den explodierenden Warenpreisen und Lebenshaltungskosten hinterhinkten, rangen die Arbeiter und Angestellten der Deutschen Werke zäh um jede noch so kleine Vergünstigung. Am 10. Dezember 1922 tagte im Hörhammerbräu in Dachau die Betriebsversammlung der Werke »Dachau P« und »Dachau L«, und lebhaft wurde dabei von den Versammlungsteilnehmern begrüßt, »daß der Holzverkauf an die Werksangehörigen wieder freigegeben ist«. Offenbar hatte die Werksleitung zuvor versucht, die bei der Fabrikation anfallenden Holzabfälle auf dem Brennstoffmarkt zu verwerten. (Fortsetzung folgt)

Anmerkungen:

¹ Namenskürzel rm: Der Landtag bei den Deutschen Werken. In: Münchener Zeitung v. 6. 12. 1922.

² StA Dah Fremdbestand, Deutsche Werke AG, Werk Dachau, Betriebsratskorrespondenz vom 29. März 1922 bis 8. Juni 1923; hier: Bericht über das Geschäftsjahr 1922 zur Behandlung bei der Betriebsräte-Konferenz am 18. und 19. Februar 1923 in München. – Aus der Betriebsratsakte stammen alle weiteren zitierten Sachverhalte, soweit keine andere Quelle angegeben ist.

³ Reinhard Papenfuß (Hrsg.): Das Areal der VI. Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau, Gelände- und Gebäudenutzung 1915–1993. Dachau 1993, S. 10.

⁴ Norbert Göttler: Die Sozialgeschichte des Bezirkes Dachau 1870 bis 1920. München 1988, S. 130 f.

⁵ Werner Dreher: Die Deutschen Werke AG in Dachau (Teil I). Amperland 31 (1995) 5.

Der Verfasser dankt der Leitung der Bayerischen Bereitschaftspolizei in Dachau für die großzügige Unterstützung und Fotografierlaubnis, insbesondere auch Herrn Reinhard Papenfuß für die sachkundige Führung durch das ehemalige Betriebsgelände der Deutschen Werke AG (vormals Pulver- und Munitionsfabrik Dachau).

Anschrift des Verfassers:

Werner Dreher, Felix-Dahn-Straße 9, 85221 Dachau

Der 30. Juni 1934 und seine Wahrnehmung in der Bevölkerung

Eine Studie am Beispiel der oberbayerischen Bezirke Dachau, Freising und Fürstenfeldbruck¹

Von Tobias Weger

In der neueren zeitgeschichtlichen Literatur werden die Vorgänge um den »Röhm-Putsch« vom 30. Juni 1934 unter prozessualen Blickwinkel als »Abschluß der nationalsozialistischen »Machtergreifung«² und damit als Wende in der Geschichte des Dritten Reiches gesehen. Was an ereignisgeschichtlichen Fakten rekonstruiert werden konnte, ist in zahlreichen Veröffentlichungen dargestellt worden.³ Die Haltung der Bevölkerung zum »Röhm-Putsch« wurde jedoch bisher in nur zwei Forschungsbeiträgen eingehender untersucht. 1980 ging Ian Kershaw in seiner vielbeachteten Arbeit zum »Hitler-Mythos« auf die Stimmungsberichte bayerischer Bezirks- und Arbeitsämter sowie Regierungspräsidien nach dem 30. Juni 1934 ein.⁴ Er zeigte dabei die im Sommer 1934 gefestigte Popularität Adolf Hitlers auf, während nachgeordnete Repräsentanten des Regimes von den Zeitgenossen kritisch beurteilt wurden.

Ein differenzierteres Bild entwarf 1984 Mathilde Jamin in einem Aufsatz über die Wahrnehmung der »Röhm-Aktion« in der Bevölkerung.⁵ Sie analysierte offizielle Verlautbarungen, vertrauliche Verwaltungsberichte, ein Schreiben Hermann Görings an Rudolf Heß vom 31. August 1934, dem die Lageberichte der preußischen Ober- und Regierungspräsidenten beigelegt waren, sowie die »Deutschland-Berichte« der Exil-SPD (Sopade) aus Prag. In allen drei Quellengruppen, so schließt Mathilde Jamin, komme die »spießbürgerliche Privatmoral«⁶ im damaligen Deutschland zum Ausdruck, die, zur politischen Norm erhoben, die breite Zustimmung zu den Juni-Morden erklären könne.

Weitere Arbeiten zum »Röhm-Putsch« erbrachten zwar einige interessante Thesen zur Einstellung der Bevölkerung.⁷ Ihre ungewisse Quellengrundlage macht sie jedoch allenfalls als Anregung für eigene Fragestellungen brauchbar.

Fragestellungen

Mathilde Jamin und Ian Kershaw haben globale Reaktionsmuster der Bevölkerung nach dem 30. Juni 1934 aufgezeigt. Im folgenden soll am Beispiel eines überschaubaren Untersuchungsgebiets ein neuer Zugang zur Frage nach der »öffentlichen Meinung« versucht werden. Den räumlichen Rahmen bilden die drei oberbayerischen Bezirksämter Dachau, Freising und Fürstenfeldbruck.

Zunächst soll die Problematik der Quellen angesprochen werden, auf die zurückgegriffen werden kann. Sodann ist in einem ereignisgeschichtlichen Abschnitt zu fragen, was im gewählten regionalen Rahmen während des »Röhm-Putsches« geschah, wie die Bevölkerung über die Vorgänge informiert wurde und welche Reaktionen die Quellen erkennen lassen.

Schließlich soll versucht werden, das Verhalten der Bevölkerung zu deuten, wobei auch ihr objektiver Handlungsspielraum und ihre sozialen Umstände im Jahr 1934 anzusprechen sind. Diese mikrohistorischen Ergebnisse werden dann mit bisher – zum Beispiel von Kershaw und Jamin – ermittelten Reaktionsmustern konfrontiert, um festzustellen, welche Punkte in welcher Gewichtung an diesem regionalen Beispiel verifiziert werden konnten.

Kritik der Quellen

Bei der Betrachtung »öffentlicher Meinung« unter den Bedingungen eines diktatorischen Regimes kann auf demoskopisch ermittelte Daten nicht zurückgegriffen werden. Dieses Manko mußte daher in der vorliegenden Untersuchung durch eine Reihe anderer Quellentypen überbrückt werden.

Einen Querschnitt der »Volksstimmung« aus offizieller

geführt, insgesamt unter dem Vorsitz des Abtes von Salem als Generalvikar standen,²⁷ obwohl die ursprünglichen Kapitel von 1595 die Tiroler Klöster als eigene, vierte Provinz aufführte.²⁸

Zwar akzeptierte die Oberdeutsche Kongregation gewisse Rechte des Generalabtes von Citeaux (z. B. die Einsetzung der Provinz- oder des Generalvikars), andererseits sprach sie den vier französischen Primarabteien für die Zukunft deren Paternitäts- und Filiationsrechte ab. In seinem Fazit beurteilt Lobendanz die Fürstenfelder Reformstatuten von 1595, die letztendlich die Bildung der Oberdeutschen Kongregation ermöglichten, also so etwas wie eine *magna charta* der Klosterreform.²⁹

Anmerkungen:

¹ *Edgar Krausen*: Französische Zisterzienseräbte als Visitatoren in Kloster Fürstenfeld. Amperland (1987) 437–440.

² *Edmond Mikekers*: Die Charta caritatis und die Gründung von Citeaux. In: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte, Band 4, Sigmaringen 1985, S. 11–22.

³ *Gerard Führer*: Chronicon Fürstenfeldense, BSB Cgm 3920, § 124 ff.

⁴ In seiner Klosterchronik gibt *Führer* als Resignationsjahr 1451 an. In der Folgezeit haben zahlreiche Autoren dieses Datum übernommen. Bereits 1443 hatte Udenricus de Judeis, Propst bei St. Paul in Worms und Richter des Basler Konzils, auf Veranlassung des Pfarrers Hilbrand Öder zu Oberndorf die Exkommunikation des Abtes Andreas von Fürstenfeld verkündet, vgl. BayHStA KL FÜ 1013 vom 16. 12. 1443.

⁵ *Gerard Führer*, §§ 177, 181 und 182 berichtet, daß zu dieser Zeit noch keine landesherrliche Erlaubnis für auswärtige Ordensprälaten notwendig war, wenn diese in Bayern die Ordensklöster visitierten. Nachdem jedoch Herzog Albrecht Nachricht von der Visitation erhielt, hat er den visitierenden Abt aufgetragen, ihm eine vollständige Abschrift von allem, was dieser feststellte, einzureichen, vgl. dazu auch BayHStA KU Aldersbach 1453 vom 12. 10. 1581.

⁶ BayHStA KU Aldersbach 1453 vom 12. 10. 1581.

⁷ *Gabriel K. Lobendanz* O. Cist.: Die Entstehung der Oberdeutschen Zisterzienserkongregation. In: *Analecta Cisterciensia* (1981) XXXVII, S. 66–342 und *Paul Tobner*: Lilienfeld 1202–1902. Zur Erinnerung an die Feier des 700jährigen Jubiläums dieses Cistercienserstiftes. Wien 1902, S. 197.

⁸ *Kaspar Elm* und *Peter Feige*: Reformen und Kongregationsbildung der Zisterzienser in Spätmittelalter und früher Neuzeit. In: *Die Zisterzienser, Ordensleben zwischen Ideal und Wirklichkeit*. Bonn 1980, S. 243–254.

⁹ *Dieselben* 247.

¹⁰ *Dieselben* 251.

¹¹ Entgegen dieser Jahresangabe bei *Kaspar Elm* heißt es bei *Dominik J. Nimmervoll*: Die Zisterzienser in Österreich. Wilhering 1990, S. 28, daß die kastilianische Kongregation bereits 1425 durch päpstlichen Erlass geschaffen wurde.

¹² So bereite Edmund de la Croix als Kommissar des Ordens im Jahr 1580 die Klöster von Polen, Böhmen, Schlesien und Mähren sowie die diesen Klöstern benachbarten Regionen, als Abt visitierte er die Klöster in Frankreich, Italien, Savoyen, Burgund und Deutschland, vgl. *Gabriel Lobendanz* 92–93.

¹³ Bei *Kaspar Elm* 253, heißt es hierzu: »Auf Initiative der bayerischen Zisterze Fürstenfeld kam es hier 1595 mit Billigung des Abtes von Citeaux zu einer Vereinigung der rheinischen und bayerischen Klöster, die sich 1615 nach Anschluß weiterer Häuser unter Leitung des Abtes von Salem . . . als Congregatio Superioris Germaniae konstituierte und bis zur Säkularisation im Jahre 1803 Bestand hatte«.

¹⁴ *Peter F. Pöschek* und *Hans B. Schneider*: Abt Mathias Gülger (1565 bis 1628) von Rein und die Generalvikare des Zisterzienserordens in Österreich. In: *Analecta Cisterciensia* (1991) XLVII S. 143–243 und (1993) XLIX S. 1–119.

¹⁵ Das Dokument ist abgedruckt bei *G. Lobendanz* 204–206.

¹⁶ Das Einladungsschreiben ist abgedruckt bei *G. Lobendanz* 207–210.

¹⁷ Vgl. hierzu *Schneider* 165 und im Anhang als abgedrucktes Dokument. In diesem Breve wurde der Visitationsauftrag erstmals namentlich auch für Österreich gegeben.

¹⁸ *Gabriel Lobendanz* 99.

¹⁹ *Derselbe* 99 (Fußnote 36).

²⁰ *Schneider* 166.

²¹ *Derselbe*, Dokument 5 sowie *Edgar Krausen*: Das Provinzkapitel der oberdeutschen Zisterzienser in Kloster Fürstenfeld im Jahr 1595. Amperland 20 (1984) 550–551.

²² BayHStA KL FÜ 1, fol. 187–190.

²³ KL FÜ 1, fol. 188.

²⁴ KL FÜ 1, fol. 191 (22 Äbte), *Gabriel Lobendanz* nennt 17 Äbte und zitiert Literatur, die von 15 Äbten spricht.

²⁵ *Gabriel Lobendanz* 101.

²⁶ *Derselbe* 75.

²⁷ *Sebastian Brunner* (Hrsg.): *Idea Chrono-Topographica Congregat. Cisterc. S. Bernardi per Superiorem Germaniam*. 1720, S. 146–154.

²⁸ *Gabriel Lobendanz* 104. Danach sollte es eine Provinz für die Schweiz, Schwaben, Elsaß, eine zweite für Franken, eine für Bayern und eine für Tirol geben.

²⁹ *Derselbe* 200.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Klaus Wollenberg, Flurstraße 11, 82256 Fürstenfeldbruck

Die Deutsche Werke AG in Dachau

Das Dachauer Zweigwerk in den Krisenjahren 1921 bis 1923 im Spiegel der Betriebsratsakten

Von Werner Dreher

(Fortsetzung)

Werkphilosophie und reale Produktionsbedingungen klafften 1923 im Dachauer Zweigwerk immer weiter auseinander. Die Deutschen Werke, hervorgegangen aus den einstigen fiskalischen Heereswerkstätten, sollten durch Umstellung auf Friedensbetrieb »dem Staat, der Allgemeinheit, dem Volke«¹ erhalten bleiben. Doch ein ehemals hochgradig spezialisierter Rüstungsbetrieb wie die Pulver- und Munitionsfabrik Dachau konnte nach Demontage und Umrüstung vor allem in einem Punkt mit der privaten Industrie nicht mithalten: Während der Privatbetrieb sofort nach Friedensschluß seine alten Absatzgebiete wieder aufsuchen und an frühere, durch den Krieg unterbrochene Handelsbeziehungen anknüpfen konnte, hatten die Deutschen Werke ihren einzigen Abnehmer, den Staat, nach Kriegsende verloren. Im Kampf um neue Absatzchancen und Marktanteile gerie-

ten die Deutschen Werke in Dachau im Jahr 1923 vollends auf die Verliererstraße.

Carl Aufhauser, der kämpferische Betriebsratsvorsitzende des Dachauer Zweigwerkes, unternahm am 1. März 1923 einen neuerlichen Vorstoß zur Zusammenlegung der Betriebsteile »Dachau L« und »Dachau P«. In einem Brief an das Vorstandsmitglied der Deutschen Werke AG in Berlin, Dr. Fritz Jastrow, plädierte Aufhauser eindringlich für eine gemeinsame technische und kaufmännische Leitung der Produktionsstätten »L« und »P« vor Ort. Daß im Werk Dachau »zwei getrennte Schreinerei-Betriebe mit eigener Leitung und eigenem Verwaltungsapparat« in einer hausgemachten Konkurrenzsituation nebeneinander herliefen, nachdem »Dachau L« (die ehemalige Munitionsfabrik) im Juli 1921 dem Zweigwerk München angegliedert worden war, wertete Aufhauser als Indiz dafür, daß es der Berli-

ner Zentrale »offenbar noch nie ernst darum zu tun war, Dachau als wirklich produktiven Betrieb aufzuziehen.«² Die beiden innerbetrieblich rivalisierenden Werksteile einer gemeinsamen örtlichen Werksleitung zu unterstellen, wäre nach Dafürhalten Aufhausers die Grundlage gewesen, um eine »reibungslose Betriebsführung und Betriebssicherheit zu gewährleisten« und sich in Zeiten der Rezession durch sogenannte »Auffüll-Aufträge von fremden Firmen und Schwesterwerken« über Wasser zu halten.

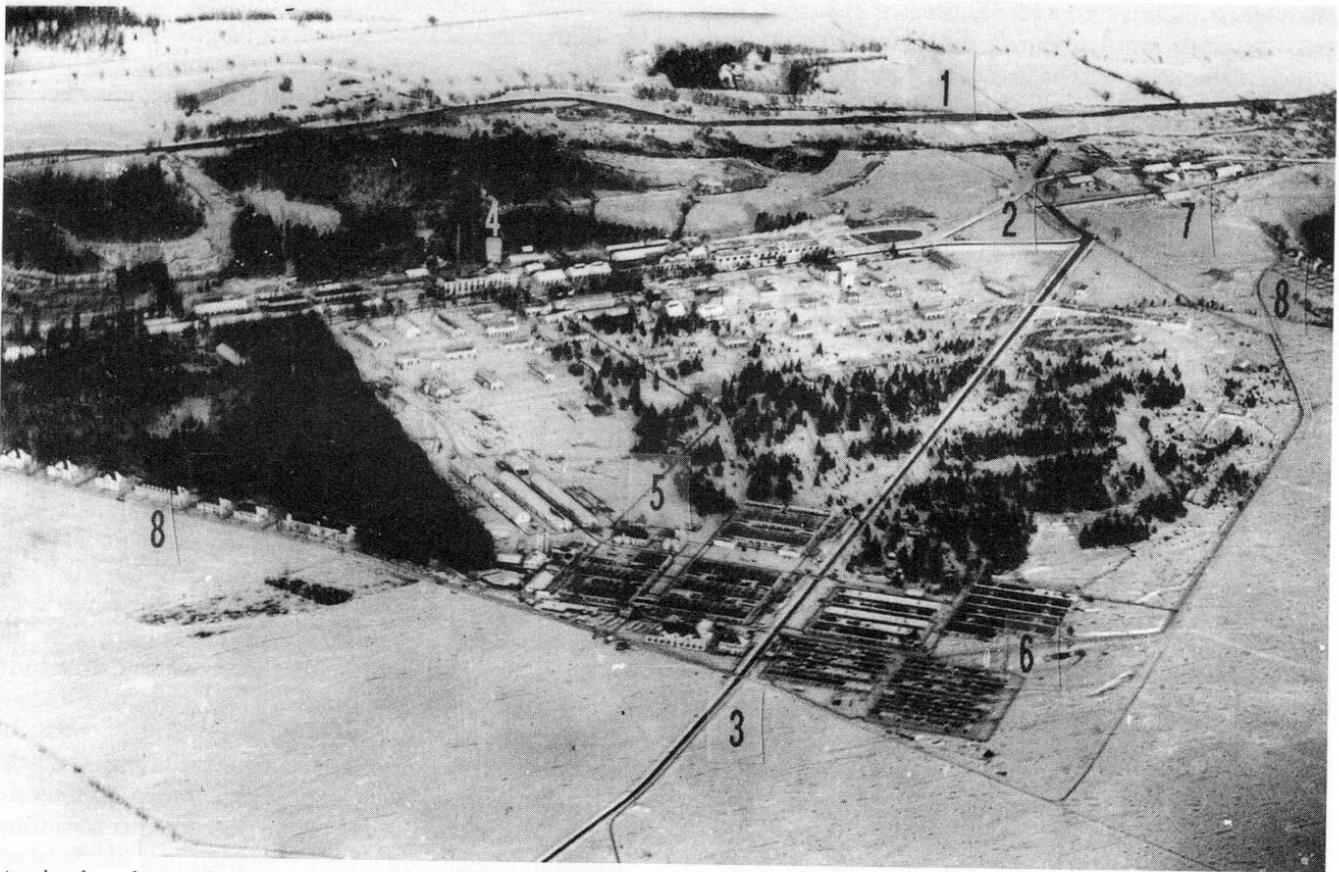
Betont unnachgiebig reagierte die Berliner Hauptverwaltung in ihrem Antwortschreiben vom 12. März 1923: »Wir teilen durchaus nicht Ihre Ansicht, dass sich Dachau-P und Dachau-L nur dann wirtschaftlich aufziehen lassen, wenn die Werke eine technische und eine kaufmännische Leitung in Dachau selbst erhalten. Da für Dachau nur ein fabrikatorisches Zusammenarbeiten mit München in Frage kommt – selbständige, gewinnbringende Fabrikationen sind weder in München noch in Dachau allein unterzubringen – so werden wir grosse Ersparnisse durch Angliederung der kaufmännischen Betriebe der Dachauer Werke an München erzielen. Eine technische Spitze in Dachau ist natürlich nicht zu vermeiden.«³

Überraschendes Aus für »Dachau P«

Trotz der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschafts-

lage blieb die Auftragssituation im Dachauer Betriebsteil »L«, der organisatorisch als Zweigstelle des Werkes München weiterbetrieben wurde, auf dem Sektor der Dreschmaschinenfabrikation zufriedenstellend. Über das sich vergeblich um eine Stammfabrikation bemühende Werk »P« wurde indes im Frühjahr 1923 der Stab gebrochen. In der »Werksbekanntmachung No. 21« vom 20. März 1923 konfrontierte Werkleiter Carl Prühäuser die Belegschaft des Betriebsteiles »Dachau P« mit dem Stilllegungsbeschluss aus Berlin: »Infolge der wirtschaftlichen Notlage ist die Hauptverwaltung gezwungen [,] das Werk Dachau zu schließen. Demzufolge kündigen wir allen heute im Dienstverhältnis zu der Deutschen Werke Aktiengesellschaft Werk Dachau stehenden Personen, und zwar den Arbeitern zum 3. 4. 23 und den Angestellten zum 30. 6. 23. Die Schwerbeschädigten genießen den Schutz der für sie einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.«

Laut Stilllegungsanzeige (handschriftlich datiert zum 17. März 1923) waren folgende Betriebsabteilungen von der Maßnahme betroffen: »Holzbearbeitungswerkstätte, Säge, Teppichkehrmaschinenfabrikation, mechanische Werkstätte, Druckerei und die damit zusammenhängenden Hilfsbetriebe«. Zur voraussichtlichen Dauer der Stilllegung wurde ausgesagt: »Vorerst nicht absehbar. Die Werkstätten sind für eine neue Fabrikation vorgesehen, die aber keinesfalls vor Beginn des nächsten Jah-



Aus der ehemaligen Pulver- und Munitionsfabrik Dachau (aufgenommen 1918) gingen zunächst unter der Regie der »Reichswerke«, dann der Deutschen Werke AG die beiden Betriebsteile »Dachau L« und »Dachau P« hervor. »Dachau L«, auch als »oberes Werk« bezeichnet, bezog die Anlagen der ehemaligen Munitionsfabrik (5 = Produktionsstätten, 6 = Arbeiterwohnhäuser; dazwischen die Würm [= 3], die zur Würmmühle [= 7] fließt). Das »untere Werk« oder »Dachau P« erstreckte sich entlang des Pollnbaches (= 2) vor dem Wasserturm (= 4); im Zentrum des ehemaligen Pulverbetriebes ist das Heizkraftwerk, rechts davon die langgestreckte Holländerhalle zu erkennen. Am oberen Bildrand verläuft die Amper (= 1). Links vorn und rechts hinten sind (= jeweils 8) Angestellten- und Meisterwohnungen zu erkennen. Für das Überlassen des Reprofotos dankt der Verfasser dem Herausgeber der Broschüre »Das Areal der VI. Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau«, Herrn Reinhard Papenfuß.

res anlaufen kann.« Von den 297 Arbeitern, darunter 31 Lehrlinge, wurden 232 entlassen. Bei den 90 Angestellten wurde kein einziger von der Kündigung ausgenommen. Nach Angabe der Dachauer Betriebsleitung führte die Hauptverwaltung folgende Stilllegungsgründe ins Feld: »Mangel an Aufträgen und Unverkäuflichkeit großer Lagerbestände an Fabrikaten, Wachsen der Schuldenlast und Unmöglichkeit weiterer Kreditbeschaffung.« Hilfsmaßnahmen von seiten behördlicher oder staatlicher Stellen erschienen der Dachauer Werksleitung »unter den heutigen Verhältnissen aussichtslos«.

Detailliert gibt die Stilllegungsanzeige über die Energie- und Rohstoffversorgungslage der Deutschen Werke Dachau im Krisenjahr 1923 Aufschluß. Zum Stichtag 17. März betrug der Kohlenvorrat »ca. 2400 to zum Einstandswert von 28 Millionen Mark«. Die eingelagerten Brennstoffe dienten »zur Fortführung des Kraftwerkes zur Stromerzeugung für die Amperwerke u. zur Versorgung des Werkes Dachau=L mit Strom und Dampf«. An den 500 Tonnen Eisen- und Stahlvorräten im Wert von 9 Millionen Mark und an den Nutzholzbeständen (1300 Kubikmeter) im Wert von 14 Millionen Mark hatte das Werk »Dachau P« als reine Fabrikationsstätte kein Eigentumsrecht, ebensowenig an den »in großen Reserven lagernden« Hilfsstoffen, Ölen, Fetten, Dichtungsmaterialien, Ventilen und Flanschen. Zum Inventarbestand zählten zum Stilllegungszeitpunkt ferner Halbfabrikate und Materialien für 10000 Teppichkehrmaschinen, 1000 Türen und 700 Fenster. »Die vorhandenen Bestände werden durch die Hauptverwaltung in anderen Werken nutzbar gemacht, soweit sie nicht zur Beschaffung von Barmitteln für die Bezahlung von Rechnungen, Löhnen u. Gehältern im Werk innerhalb der Sperrfrist verwertet werden müssen«, merkte die Dachauer Betriebsleitung an.

Von Berlin einfach fallengelassen

Der Betriebsrat der Deutschen Werke AG, Werk Dachau, gab in seiner dreizehnseitigen Stellungnahme zur Stilllegung – das Schreiben trägt das Datum vom 21. März 1923 und ist an das Bezirksamt Dachau mit der Bitte gerichtet, den Vollzug der Stilllegung mit geeigneten Maßnahmen zu verhindern – jegliche Zurückhaltung auf. »Im Laufe der letzten Jahre hatten wir den bestimmten Eindruck, daß die Anordnungen der Hauptverwaltung nicht zielbewußt und unter genügender Berücksichtigung der wirklichen Verhältnisse getroffen wurden«, wirft der Betriebsratsvorsitzende Carl Aufhauser der Berliner Zentrale des Reichskonzerns vor. »Während die maßgebenden Herren der [Dachauer] Werksleitung bemüht waren, durch allerlei Sparmaßnahmen sich gegen die kommende Krisis zu rüsten – was auch Pflicht der Hauptverwaltung gewesen wäre – und in diesem Sinne unsere volle Unterstützung bereit gestanden hat, wurden wir durch die Stilllegung vollständig überrascht.« Seinen neuerlichen Vorhalt, daß der Berliner Hauptverwaltung nie ernstlich an der wirtschaftlichen Prosperität des Dachauer Werkes gelegen gewesen sei, untermauert Aufhauser mit folgenden Argumenten: Von vornherein sei die Berliner Konzernleitung am Aufbau einer profitablen Stammfabrikation im Werk Dachau uninteressiert gewesen. Als im Jahr 1921 die Dresch-

maschinenproduktion zu florieren begann, habe die Hauptverwaltung durch Dezentralisierung des Dachauer Zweigwerkes dessen Handlungsfreiheit bewußt beschnitten und einen rationellen Betriebsablauf in der ausgedehnten Dachauer Fabrikanlage vereitelt. Explizit führt Aufhauser aus, »daß es wohl viel richtiger gewesen wäre, wenn Werk München die Gestelle für Dreschmaschinen, die sie [es] in München der beschränkten räumlichen Ausdehnung der Anlage wegen nicht zu bauen in der Lage war, an Werk Dachau in Auftrag gegeben haben würde und an Werk Dachau ebenfalls die Montage der Maschinen übertragen worden wäre«. Dadurch wäre nach Aufhausers Überzeugung »auch zu vermeiden gewesen, daß in den oberen, zu Werk München gehörigen, Schreinerwerkstätten [Werk »Dachau L« = ehemaliger Munitionsbetrieb] in zwei Schichten gearbeitet werden mußte, um den dringenden Nachfragen gerecht zu werden, während wir im unteren Betrieb [Werk »Dachau P« = ehemaliger Pulverbetrieb] Türen und Fenster auf Lager herstellten, deren Absatzmöglichkeit uns heute zum Verhängnis werden soll«.

Gegen die »von Berlin Hals über Kopf getroffene« Stilllegungsmaßnahme sprach nach Auffassung des Dachauer Betriebsrates auch die Vermögenslage der Deutschen Werke AG, die »durch investiertes Kapital, bestehend aus Liegenschaften, Materialvorräten, Halb- und Fertigfabrikaten als sehr gut bezeichnet werden kann«. Sogar in »Werk Dachau« (Aufhauser meint hier wieder den ehemaligen Pulverbetrieb) sei es möglich gewesen, das Geschäftsjahr 1922 »mit einem größeren Gewinn« abzuschließen. »Daß dieser Gewinn ausnahmslos aus sogenannten Kundenaufträgen stammt, geht daraus hervor, daß in der Hauptsache im Jahr 1922 Ausbau- und Zerstörungsarbeiten vorgenommen und Neuanlagen ausgeführt wurden, welche keinen Gewinn abwerfen konnten.« Nach nunmehrigem Abschluß dieser von den Siegermächten auferlegten Demontage- und Umrüstungsarbeiten wäre es nach Aufhausers Worten endlich möglich gewesen, »unter Ausschaltung aller überflüssigen Unkosten den Betrieb durch Produktion rentabel zu gestalten, und zwar [,] wenn keine Stammfabrikation vorliegt [,] durch Hereinnahme von Kundenaufträgen«.

Zentrale hintertreibt Kundenaufträge

Wie ungerechtfertigt die Stilllegung sei, bemißt der Betriebsratsvorsitzende auch daran, »daß speziell Werk Dachau mit Kunden-Aufträgen sehr gut eingedeckt gewesen wäre, wenn die Hauptverwaltung gewollt hätte«. Wiederholt habe die Berliner Zentrale drohende »Substanzverluste« durch Geldentwertung als fadenscheinige Begründung dafür angegeben, größere Kundenaufträge trotz garantierter Vorauszahlung abzulehnen. Von der Dachauer Werksleitung kalkulierte Unkostenzuschläge seien von der Hauptverwaltung »nach ihrem Belieben erhöht« worden, um die Auftragserteilung zu vereiteln. »Wir gehen sogar soweit [,] zu behaupten, daß Angebote mit Absicht solange in der Bearbeitung zurückbehalten wurden, bis der Zuschlags-Termin verstrichen war.« Carl Aufhauser hält mit konkreten Beispielen nicht hinterm Berg. Von der Hauptverwaltung in punkto Beschäftigung vollkommen vernach-

lässigt, ist die Dachauer Werksleitung im Benehmen mit dem Betriebsingenieur dazu übergegangen, selbst nach Kundenaufträgen Umschau zu halten. Zur Auslastung der »modernen und zeitgemäß eingerichteten Schreinerei mit eigenem Sägewerk und Trockenanlage [,] mit einem Maschinenpark, der für alle Arten von Holz-erzeugnissen zugeschnitten ist«, zieht Carl Prühäuser folgende Aufträge an Land: Fenster und Türen für die Reichspostverwaltung München, Angebotssumme 500 Millionen Mark bei 60 Prozent Anzahlung (je höher die Anzahlung, desto niedriger der Verlust durch die Geldentwertung!). Fenster und Türen für den Reichsfinanzhof München, Angebotssumme 60 Millionen Mark bei 60 Prozent Anzahlung. Holzbaracken für die Inn-Papierwerke, Angebotssumme 160 Millionen Mark bei 80 Prozent Anzahlung. Tische, Stühle und Bänke mit Metallbeschlägen für einen Südamerikaexport der Firma Reichert in Hamburg, Angebotssumme 300 Millionen Mark mit Anzahlung in beliebiger Höhe.

Für den Metallbetrieb zieht Werk Dachau nach einer Auflistung des Betriebsrates ebenfalls eine Reihe größerer Aufträge durchaus aussichtsreich ins Kalkül: Naben für Motorräder und Fahrradrahmen für den Zweiradhersteller Cockerell in München, Angebotssumme 300 Millionen Mark (»evtl. laufende Aufträge«), Anzahlung nach Vereinbarung. Wechselgetriebe für die Marswerke in Nürnberg, Angebotssumme 250 Millionen Mark (»evtl. laufende Aufträge«), Anzahlung 30 Prozent. Naben für die Zündapp-Werke in München, 1000 Stück pro Monat zum Stückpreis von 20000 Mark, Anzahlung 30 Prozent. Patent-Antriebsketten für die Rensöb-Gesellschaft, Angebotssumme 100 Millionen Mark, Anzahlung 30 Prozent. Bremshausschlösser, Schmierdeckel und Lokomotivteile für die Staatsbahn und die städtischen Straßenbahnen, Angebot »nach Vereinbarung«. Außerdem waren die mechanischen Werkstätten für die Fabrikation von Koffer- und Aktentaschenschlössern bestens gerüstet. Mit erheblichem Kostenaufwand war eine Vernickelungsanlage eingerichtet worden. Trotz großer Nachfrage scheiterte die Produktion an der Schwerfälligkeit der Berliner Hauptverwaltung, die es – zum Befremden des Werkes Dachau – vorzog, zum Beispiel an die Hamburger Kofferfirma Eimecke »monatlich hohe Konventionalstrafen« wegen Nichterfüllung des Liefervertrages zu zahlen.

Am Widerstand der Hauptverwaltung der Deutschen Werke AG ist nach Überzeugung des Dachauer Betriebsrates die berechtigte Aussicht zerstoßen, auf mindestens ein weiteres Jahr für Beschäftigung in der Schreinerei und in den mechanischen Werkstätten sorgen zu können. Mit Kopfschütteln nahm man im Werk Dachau die Absicht der Hauptverwaltung auf, die mit großem Kostenaufwand auf Massenproduktion vorbereitete Teppichkehrmaschinen-Fabrikation plötzlich einem anderen Zweigwerk zu übertragen. Selbst das Kraftwerk, das nach dem Willen der Hauptverwaltung wegen bestehender Stromabgabeverträge mit den Isar-Amperwerken weitergeführt werden sollte, hätte sich nach Einschätzung des Dachauer Betriebsrates durch den Einbau eines zusätzlichen Transformators »noch leistungsfähiger und somit rentabler gestalten« lassen; als potentieller Abnehmer für ausgeweitete Stromkapazitäten hatten die

Bayernwerke starkes Interesse gezeigt. Carl Aufhauser machte kein Hehl daraus, daß der Berliner Hauptverwaltung offensichtlich eher an einer planmäßigen Verringerung der Leistungsfähigkeit des Werkes Dachau gelegen war als an einer Stabilisierung, geschweige denn Stärkung der Wirtschaftskraft. Als weiteres Indiz hierfür benannte Aufhauser die Tatsache, daß der Zentrale immerhin noch die Möglichkeit geblieben wäre, unter Zuhilfenahme der vom Staat gewährten »produktiven Erwerbslosenfürsorge« über die Wirtschafts- und Absatzkrise hinwegzukommen. »Auf jeden Fall muß es eigenartig berühren, mit dem radikalen Mittel der Stilllegung den Anfang zu machen und so dem feindlichen Ausland Gelegenheit zu geben, den vermeintlichen Zusammenbruch der Deutschen Werke als Signal des Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft auszunützen.«

»Schicksal ehemaliger Pulverfabriken«

Wie aus der regen Betriebsratskorrespondenz im Frühjahr 1923 des weiteren hervorgeht, war die Berliner Leitung des Reichskonzerns von ihrer Stilllegungsentscheidung in der Tat nicht mehr abzubringen. In mündlichen Verhandlungen mit Werksrepräsentanten für Bayern und Werk München wurde dem Werk Dachau vage in Aussicht gestellt, die Werkstätten im Herbst 1923 oder im darauffolgenden Frühjahr wieder aufzumachen. Die Produktion sollte dann teilweise auf landwirtschaftliche Maschinen, insbesondere Düngerstreuer, umgestellt werden. »Außerdem sei geplant«, protokollierte Carl Aufhauser, »das zu Werk Dachau gehörende [,] für Landwirtschaft geeignete Gelände entsprechend anzubauen, um mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen die verschiedenen Typs der im Konzern der Deutschen Werke hergestellten landwirtschaftlichen Maschinen auszuprobieren.« Aufhausers gutgemeinter Vorschlag, sofort die Umstellung zur Erweiterung des Dreschmaschinenbaues im Werk Dachau vorzunehmen, um erstens die eingearbeiteten Arbeitskräfte zu erhalten und um zweitens der Konkurrenz keinen Vorsprung zu geben, stand laut Mitteilung der Hauptverwaltung vom 3. April 1923 »im scharfen Gegensatz« zur Auffassung von Fachleuten, die der Berliner Vorstand zu Rate zog: »Die im Bau und Verkauf von Landmaschinen bei uns tätigen Sach- und Fachkenner empfehlen jedenfalls zunächst noch äusserste Vorsicht und Zurückhaltung.« In einem Schreiben (mit Datum vom 14. April 1923) an den Gewerkschaftsbund der Angestellten, der beim Aufsichtsrat der Deutschen Werke AG gegen den Stilllegungsbeschluß interveniert hatte, zementierte die Hauptverwaltung gleichsam ihre Entscheidung: »Die verschiedensten Versuche, für das Werk Dachau eine den technischen Einrichtungen des Werkes entsprechende Fabrikation aufzuziehen, haben trotz aller Bemühungen der Hauptverwaltung der Deutschen Werke AG und der Werkleitung nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Das Werk Dachau muss daher leider das Schicksal der übrigen von der Deutschen Werke AG übernommenen ehemaligen Pulverfabriken in Plauen, Reichertshofen, Spandau und Wolfgang⁴ teilen. Die Bemühungen, für das Werk Dachau eine geeignete Fabrikation zu finden, wurden noch besonders gestört durch die von

der Entente geforderten scharfen Zerstörungsmassnahmen.« Daß der ursprüngliche Plan, im Werk Dachau den Serienbau von Holzhäusern aufzuziehen, gar nicht zur Entwicklung gekommen ist, begründet die Hauptverwaltung mit dem Ausbleiben von Lieferaufträgen in das »Wiederaufbaugelände in Nordfrankreich und Belgien«. Die Fortführung der Tür- und Fensterfabrikation, die 80 Prozent Materialanteil erfordere, sei schon in Frage gestellt worden, »als die Einkaufspreise für Holz keine wirtschaftliche Verarbeitung mehr zuließen«. ⁵ Auch die Teppichkehrmaschinen hätten weder im Inland noch im Ausland den erwünschten Absatz gefunden.

»Der Hereinholung von Kundenaufträgen ist nicht, wie behauptet wird, stets Widerstand entgegengesetzt worden«, weist die Hauptverwaltung den Hauptvorwurf des Dachauer Betriebsrates zurück. »Die eingehende Prüfung der in Frage kommenden Kundenaufträge in Höhe von ca. zwei Milliarden Mark hat einwandfrei ergeben, dass die Uebernahme der Aufträge für das Werk Dachau weitere Millionenverluste gebracht hätte.« Die Hauptverwaltung verleiht ihrem Bedauern bezüglich der »unvermeidlich gewordenen Schließung des Werkes Dachau« Ausdruck, weist aber den Vorwurf, daß sie die

»Hauptschuld an der Schließung des Werkes« treffe, »auf das Entscheidendste« zurück. (Schluß folgt)

Anmerkungen:

¹ N. N.: Archiv der Deutschen Werke Aktiengesellschaft Nr. 4, Berlin August 1921, S. 42 f.

² StA Dah Fremdbestand, Deutsche Werke AG, Werk Dachau, Betriebsratskorrespondenz vom 29. März 1922 bis 8. Juni 1923; hier: Briefwechsel zum Stilllegungsbeschuß für den Betriebsteil »Dachau P«. – Aus der Betriebsratsakte stammen alle weiteren zitierten Sachverhalte, soweit keine andere Quelle angegeben ist.

³ Ein Indiz für die Dezentralisierung der Deutschen Werke in Dachau und die kaufmännische Abhängigkeit von Werk München (Verwaltungssitz in der Nymphenburger Straße) ist auch folgender Branchenvermerk: »Deutsche Werke A.-G. Werk Dachau, Landwirtschaftliche Maschinen, Holzzeugnisse, F[ernruf] 53 und 88 Dachau, F 60670 München, Bankverbindung Hypo.« In: Amtliches Adressbuch für Industrie und Handel von Bayern. München/Siegen Oktober 1922, S. 64 f.

⁴ Pulverfabrik Wolfgang bei Hanau. Vgl. hierzu: *Egon Karplus*: Die Deutschen Werke. Ein Beispiel für die Stellung des Staates als Unternehmer in Konkurrenz mit der Privatindustrie. Diss. Gießen 1927, S. 5 ff.

⁵ Ein sichtlich wütender handschriftlicher Vermerk Carl Aufhausers an dieser Briefstelle lautet: »Wirtschaftlicher ist es, das Holz zu Schleuderpreisen an jüd. Händler zu verkaufen!« Mehr darüber im vierten und letzten Teil dieses Beitrages.

Anschrift des Verfassers:

Werner Dreher, Felix-Dahn-Straße 9, 85221 Dachau

Der archäologische Forschungsbericht des Rittmeisters Sixt über das römische »Ambræ« aus dem Jahre 1891

Von Dr. Eva von Seckendorff

Der Aufmerksamkeit von Herrn Anton Wüst, Rektor im Ruhestand, verdankt der Historische Verein Fürstenfeldbruck den vor kurzem erfolgten Erwerb einer 1891 verfaßten archäologischen Schrift über das römische »Ambræ«. Sie ist dreifach betitelt: »Schöngesing a/d Amper, das römische »Ambræ«, Stations- und Brückenpunkt der Heerstraße Augsburg-Salzburg«, »Römische Verschanzungen östlich Schöngesing, bei Holzhausen und Steinbach«, »Die neuesten in Schöngesing aufgedeckten Funde aus römischer, mittelalterlicher und neuer Zeit«.

Thema des Berichts ist ein umfangreicher, gänzlich in Vergessenheit geratener archäologischer Fund in Schöngesing: »Gelegentlich der im Dienste des Kirchdorfes Schöngesing an der Amper vom Oktober 1891 an bewerkstelligten Erdarbeiten zur Nutzbarmachung der Wasserkraft der dortigen Mühle für den Betrieb elektrischer Beleuchtung von Fürstenfeld-Bruck wurden mannigfaltige Funde zu Tage gefördert . . . die ältesten Stücke des Schöngesinger Fundes römischen Ursprunges . . . die übrigen teils der mittelalterlichen, teils der neueren Zeit angehören . . .«

Verfasser und Auftrag

Verfasser des archäologischen Berichtes ist Fr(iedrich?) Sixt, königlicher Rittmeister, ein Mann des Militärs also! Auftraggeber war der Historische Verein Oberbayerns. Generalmajor a. D. K. Popp, damals Vereinsvorsitzender, fügte der Schrift einen kritischen Kommentar hinzu. Sixt hatte sich schon vor dem Auftrag mit der römischen Geschichte Schöngesings befaßt und so beauftragte man

ihn mit dem Kommentar zu den Funden am Kraftwerk.

Veröffentlicht wurde der Bericht des Rittmeisters offenbar nicht, doch würdigte man in der monatlichen Vereinsschrift ausdrücklich den Vortrag, den Sixt zu seinen Schöngesinger Forschungen vor den Vereinsmitgliedern gehalten und mit »Modellen und Plänen trefflich illustriert« hatte.² Funde und Modelle sind verschollen, geblieben ist uns heute immerhin das sechs Bögen, d. h. siebzehn handbeschriebene Seiten umfassende Manuskript und drei weitere Bögen mit teilweise farbig angelegten Bleistiftskizzen und dazugehörigen Anmerkungen.

Verlauf der Römerstraße

Vor Erläuterung der Funde selbst widmet sich der Verfasser zunächst ausführlich der Einordnung der Funde in ortsgeschichtliche Zusammenhänge: »Schöngesing . . ., auch Neuschöngesing genannt, steht auf dem Boden des Stations- und Amperbrückenpunktes Ambræ (ad Ambræ) der römischen Heerstraße Augusta Vindelicorum (Augsburg)–Iuvavum (Salzburg) . . . Die Verbindung zwischen Partanum (Partenkirchen) und Ambræ stellte eine römische Straße zwischen Pähl (castra Urusa)–Seefeld–Steinebach–Etterschlag und Mauern her.« Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war man davon überzeugt, daß Schöngesing mit dem römischen »Ambræ« identisch sei, dem Ort, an welchem sich zwei wichtige römische Hauptverkehrswege kreuzten und die Amper überquerten.³ Über den Verlauf der Römerstraße waren sich die Forscher lange uneinig.⁴ Anders als sein Kollege Friedrich Ohlenschläger, der die

Die Deutsche Werke AG in Dachau

Das Dachauer Zweigwerk in den Krisenjahren 1921 bis 1923 im Spiegel der Betriebsratsakten

Von Werner Dreher

(Schluß)

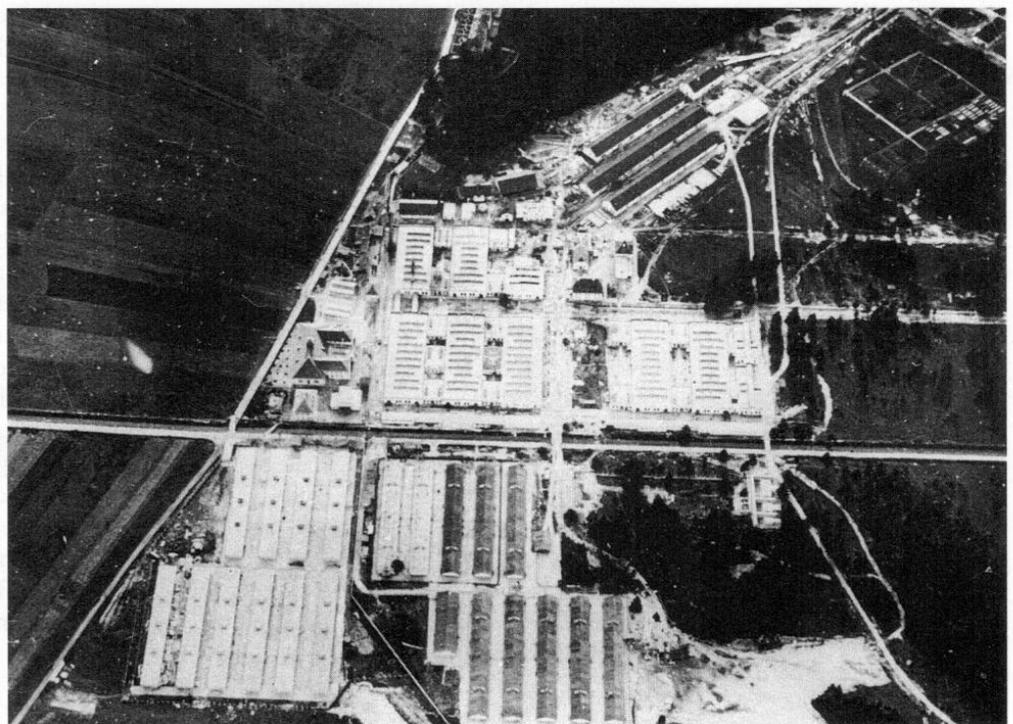
Unter der Rubrik »Handel und Wandel in Bayern« veröffentlichte die Tageszeitung »Münchner Neueste Nachrichten« am 12. April 1923 eine Presseerklärung der Deutschen Werke AG Berlin: »Die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse, wie sie in den letzten Wochen fast auf allen Gebieten der industriellen Erzeugung eintrat, zog naturgemäß auch einzelne Fabrikationszweige unserer Werke in Mitleidenschaft. In den hierdurch betroffenen Abteilungen mußte demnach eine Einschränkung der Produktion durchgeführt werden, und zwar nach den bestehenden Demobilmachungsvorschriften: Verkürzung der Arbeitszeit, Verringerung der Belegschaft. Von derartigen Maßnahmen wurde die Mehrzahl unserer Werke betroffen. Eine Benachteiligung der bayerischen Werke fand keinesfalls statt. Die einzige größere Stilllegung unserer bayerischen Werke betrifft die Werke Dachau. Auch hier kam nur ein Teil der Belegschaft zur Ausstellung, während ein großer Teil der Dachauer Arbeiter nunmehr vom Werk München übernommen wurde und ein weiterer Teil in der Zweigstelle Dachau des Werkes München Beschäftigung fand.«¹ Das Statement der Berliner Werkszentrale spiegelt nicht nur den nahen Zusammenbruch von Wirtschaft und Währung wider, sondern verrät auch ein gestörtes Einvernehmen zwischen dem Freistaat Bayern und dem Deutschen Reich. Auf seiten der Reichsregierung beobachtete man den wachsenden Einfluß nationalistischer Kampfverbände, die separatistische Bestrebungen im Freistaat schürten, mit Sorge. Die bayerische Staatsregierung unter Gustav von Kahr beharrte dem Reich gegenüber auf ihrem Recht auf Eigenständigkeit; der Freistaat ver-

stand sich als Bastion patriotischer und christlicher Weltanschauung im Kampf gegen eine »marxistisch-internationale undeutsche Einstellung«.² Die Zuspitzung des Streites zwischen Bayern und Reich im Laufe der Jahre 1923 und 1924 war mitentscheidend für das Schicksal der Reichsbetriebe in Bayern, an deren Fortbestand man letztlich in München genausowenig interessiert war wie in Berlin.

Das letzte Aufbäumen

Im Werk Dachau begann das letzte Aufbäumen der Betroffenen gegen die am 20. März 1923 von der Werksleitung angekündigte Stilllegung mit einer breitgefächerten Briefaktion des Betriebsrates. Erste Adressaten waren die Dachauer Ortsverbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Freien Gewerkschaften. Der Betriebsratsvorsitzende Carl Aufhäuser unterbreitete den Arbeitnehmerorganisationen den Standpunkt der Belegschaft und auch der örtlichen Werksleitung, wonach die Schließung des Werkes »Dachau P« völlig ungerechtfertigt sei,³ und bat sie, »größte Unterstützung zu gewähren und alle Ihre Verbindungen auszunützen, damit Werk Dachau von dieser diktatorischen Maßnahme bewahrt bleibt«.⁴ Gleichlautende Schreiben richtete Aufhäuser an folgende berufsständige Organisationen: Deutscher Metallarbeiterverband, Deutscher Fabrikarbeiterverband, Deutscher Holzarbeiterverband, Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Verband weiblicher Büroangestellter. Vertreter von Orts- und Bezirks-

Die ehemalige Munitionsfabrik (aufgenommen im Jahr 1917) wurde von der Deutsche Werke AG zunächst mit Erfolg auf die Fabrikation von Dreschmaschinen umgerüstet. Als Ableger des Zweigwerkes München hatte »Dachau L« bis November 1924 Bestand. (Für das Überlassen des Reprofotos dankt der Verfasser dem Herausgeber der Broschüre »Das Areal der VI. Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau«, Herrn Reinhard Papenfuß).



verbänden der angeschriebenen Institutionen wurden für den 28. März zu einer Krisensitzung im Münchener Restaurant »Walhalla« in der Augustenstraße einberufen. Daß die Werksleitung nicht die geringste Anstrengung unternahm, durch Arbeitsstreckung über die Konjunkturkrise hinwegzukommen, sorgte für bittere Enttäuschung auch auf seiten der Angestellten: Ihnen wurde die definitive Auflösung der Dienstverhältnisse zum Werk Dachau per 30. Juni 1923 in einer Werksbekanntmachung vom 30. März mitgeteilt und die Kündigung schriftlich zugeleitet.

Der Dachauer Betriebsrat wandte sich in seiner Verzweiflung sogar an den Regierungspräsidenten von Oberbayern, Gustav von Kahr, um abzuwenden, daß das Werk Dachau noch vor der Abwicklung der vorhandenen Restaufträge den Betrieb einstellt. Es gehe der Werksleitung »nur darum, volle Bewegungsfreiheit zu erhalten, um nach Belieben mit dem Betrieb disponieren zu können«, legte Aufhauser in seinem Schreiben an die Regierung dar. In seiner Antwort vom 18. April 1923 ließ von Kahr den Dachauer Betriebsrat wissen, daß er sich in seiner Funktion als Demobilmachungskommissar rechtlich nicht in der Lage sehe, »die Stilllegung zu untersagen oder zu verhindern«. Auch den vom Betriebsrat beantragten Erhebungen über die Gründe, warum das Werk Dachau »bis heute noch keine Stammfabrikation erhalten« habe, und ob die geschilderten Verhältnisse »die Stilllegung des Werkes bis 1924 bedingen«, könne von der Regierung nicht entsprochen werden; die Anträge, so Dr. von Kahr, »liegen nicht in der Zuständigkeit des Demobilmachungskommissars«.

Einspruch der Betroffenen

Der Betriebsrat des Werkes Dachau schickte am 4. April 1923 eine schriftliche Einspruchserklärung gegen die Kündigung im Umlauf, die von fünfundfünfzig Angestellten unterzeichnet wurde. Die Betriebsratsakte enthält eine persönliche Erklärung des gleichfalls gekündigten Angestellten Hans Müller, die näheren Aufschluß über eine knapp achtjährige Berufslaufbahn bei den Deutschen Werken gibt und die Wirtschaftslage unmittelbar aus der Sicht eines betroffenen Arbeitnehmers schildert: »Am 9. November 1916 bin ich von der Truppe zur PmF [Pulver- und Munitionsfabrik] versetzt worden. Nach deren Schließung wurde ich von ihrer Nachfolgerin, den Reichs-Werken übernommen; deren Nachfolgerin[,] die Deutsche Werke A.=G.[,] haben [sic] mich ebenfalls übernommen. Ich habe somit, wenn ich meine Militärzeit mitrechne, eine Dienstzeit vom 25. Februar 1915 bis heute, was einem Zeitraum von über 8 Jahren entspricht. Durch den Krieg bin ich aus meiner Privatstellung herausgerissen worden (Schalterbeamter bei der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, München). Dieser Berufszweig geht durch das große Sterben unserer Presse dem Untergang entgegen, womit für mich eine Rückkehr zu dieser Branche unmöglich war.« Müller führt aus, daß ihm zunächst die »Material=Verwaltung« und sodann die »Führung der Lager=Haupt=Buchhaltung« oblag, die insbesondere auch die Beständebearbeitung der Berliner Hauptverwaltung umfaßte. »Wenn nun heute die Deutsche Werke Akt.=Ges. das Werk Dachau schließen [sic], so erweist es sich wegen der

Stromlieferung an die Amper=Werke dennoch für notwendig, das Krafthaus weiterzuführen, wobei eine ständige Materialbewegung zu verzeichnen ist, wie auch die Bestände der Hauptverwaltung einer fortgesetzten Bearbeitung bedürfen, was einen Weiterbestand der Lagerbuchhaltung bedingt in einer Besetzung von ca. 2–3 Mann.« Unter diesem Gesichtspunkt hielt es Hans Müller für »angebracht, wenn die für mich und meine Kollegen, Herrn Gnam und Kolb[,] ausgesprochene Kündigung zurückgenommen wird«.

Die Berliner Werksleitung blieb ungerührt und beantragte bei der Demobilmachungsbehörde sogar noch eine Verkürzung der gesetzlich vorgeschriebenen Kündigungsfrist. Die Arbeitnehmervertretung konterte mit einem Antrag auf Verlängerung der Sperrfrist. Beide Eingaben wurden vom Präsidium der Regierung von Oberbayern am 29. März 1923 abgelehnt. Die Hauptverwaltung der Deutschen Werke ließ mit Schreiben vom 3. April 1923 den Angestelltenrat des Werkes Dachau wissen, daß sich der Vorstand erfolglos darum bemüht habe, eine geeignete Stammfabrikation in die Anlage der ehemaligen Pulverfabrik zu legen. Eine Ausweitung der Dreschmaschinenfabrikation scheitere an der »allgemeinen Absatzstockung«, und daher könne von Berlin aus »nicht mit positiver Sicherheit« gesagt werden, »in welchem Zeitraum das in Aussicht genommene Programm für das Werk München-Dachau durchgeführt werden kann«. Die Hauptverwaltung hob die Alleinverantwortlichkeit ihrer Geschäftspolitik gegenüber Vorstand, Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der Deutschen Werke AG hervor und lehnte die Einsetzung einer Prüfungs- und Schlichtungskommission strikt ab. Der Brief aus Berlin endet mit der Versicherung, »daß dem Vorstand es viel angenehmer gewesen wäre, für das Werk Dachau lohnende und gewinnbringende Beschäftigung beschaffen zu können«.

In einem persönlichen Treffen mit dem Leiter der Sozialabteilung der Deutschen Werke AG in Berlin, einem Herrn Zernicke, eröffnet sich der Dachauer Arbeitnehmervertretung ein zusätzlicher negativer Aspekt: »Außerdem bestehen zwischen der Hauptverwaltung und der bayr. Regierung bezüglich Grundstücks-Abtretungen und sonstige die bayr. Werke betreffende Fragen bestimmte Differenzen, die in Berlin offenbar auch keine kleine Rolle spielen, an den bayr. Werken das Interesse zu verlieren.« Was Carl Aufhauser hier nur andeutet, ist ein noch im Jahr 1923 geschlossenes Abkommen, mit dem sich das Reich Eigentum an Grund, Boden und Gebäuden der Deutschen Werke in Bayern verschuf. Der Freistaat erhielt im Gegenzug Aktien der Deutschen Werke sowie das Vorkaufsrecht für stillgelegte Werke zum Abbruchpreis. Das Eigentumsrecht Bayerns an dem Werksgelände in Dachau wiederum ging auf das Jahr 1915 zurück, als das Bayerische Kriegsministerium die Fluren für den Bau der Pulver- und Munitionsfabrik erwarb.⁵ Die »Münchner Neuesten Nachrichten« zitieren am 16. März 1923 aus einer Rede des Landtagsabgeordneten Heinrich Held (Bayerische Volkspartei) im Bayerischen Handelsministerium: »Es macht nun in der neuesten Zeit den Eindruck, als ob das Reich einen starken Druck auf uns ausüben wolle. Ein Berliner Diktat nach Ingolstadt verlangt die Demontierung der dortigen

Spinnerei und Überführung sämtlicher Maschinen nach Berlin. Ähnliches soll auch den übrigen Werken in Bayern bevorstehen. Derartige Schritte wären für die betroffenen Städte, für die bayerische Wirtschaft und nicht zuletzt auch für die Arbeiterschaft ein wahres Verhängnis.«⁶ Offensichtlich herrschte nunmehr in der Berliner Konzernzentrale ein neuer, strafferer Führungsstil⁷, der die regionalen und sozialen Gegebenheiten vor Ort bei seinen unternehmerischen Entscheidungen hintanstellte. Alle Protestanträge der bayerischen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitiker gegen die Transaktionen der Deutschen Werke fruchteten nichts, weil die Berliner Werksleitung stets auf die alleinige Zuständigkeit von Reichswirtschafts- und Reichsschatzministerium verwies.

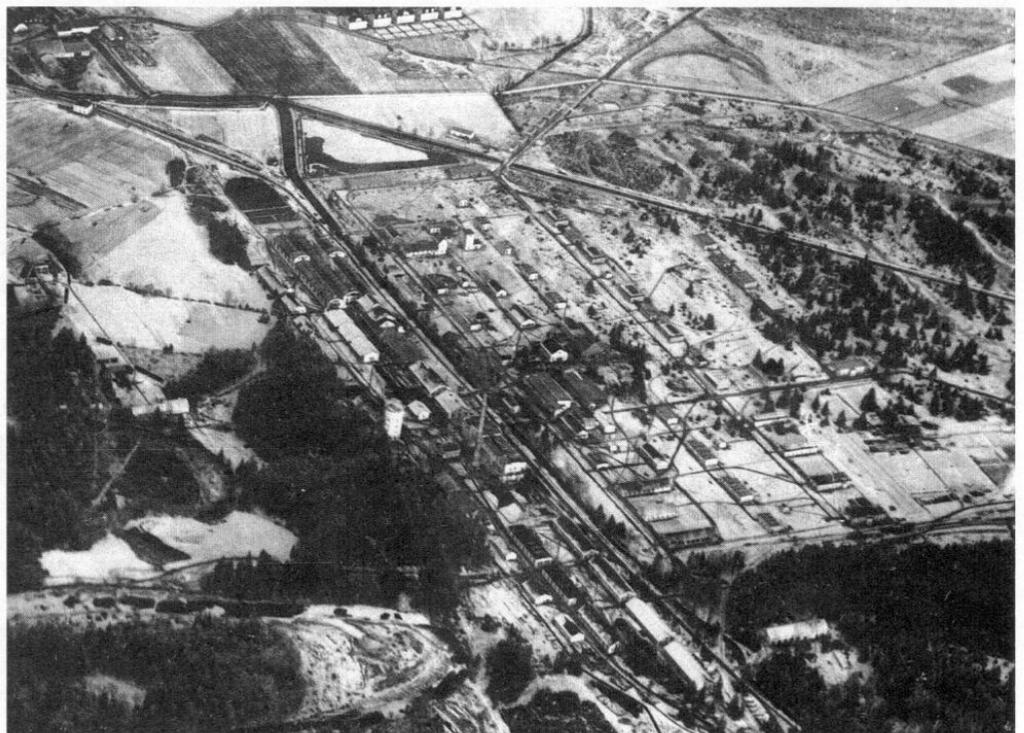
Der Ausverkauf beginnt

Von dem Arbeitnehmer-Interessenvertreter im Aufsichtsrat, Carl Stücklen, erfuhr der Dachauer Betriebsrat, daß die Schließung des Zweigwerkes Dachau bislang noch nicht einmal Beratungsgegenstand im Kontrollorgan der Deutsche Werke AG gewesen sei. Dem werkseitig ausgestreuten Gerücht, daß das Werk Dachau zum April 1924 wieder »aufgemacht« werden soll, stand das bewußte Nichterfüllen tatsächlich noch bestehender Kundenaufträge sowie notwendiger Reparaturarbeiten an Betriebseinrichtungen entgegen. Daß die herrschende »Wirtschaftskrise« in den Vordergrund einer restriktiven Unternehmenspolitik geschoben wurde, schloß Carl Aufhauser aus der beiläufigen Frage des Herrn Zernicke, was der Dachauer Betriebsrat wohl machen würde, »wenn die Differenzen, welche zwischen Bayern und dem Reich bezüglich der Grundabtretungen bestehen, die Hauptverwaltung bestimmen könnten, das Interesse an den bayerischen Werken zu verlieren, wobei es tüchtigen Kaufleuten sicher nicht zu verübeln wäre, vor einem endgültigen [sic] Fallenlassen der Betriebe, deren Material wegzuziehen«. Während die Herren der Ber-

liner Hauptverwaltung heftig dementierten, ließ sich der Dachauer Betriebsratsvorsitzende nicht täuschen: »Wenn man dagegen in Betracht zieht, daß unsere Verwertungsabteilung in Dachau und München nun bemüht ist, die ganzen Holzbestände abzustößen, und zwar, wie ebenfalls aus einem in Abschrift beiliegenden Schreiben der Holzgroßhandlung Strauß, München[,] vom 7. 4. 23 hervorgeht, zu einem Schacherpreis von Mk. 120000,- pro cbm,⁸ so beleuchtet diese Tatsache das krampfhaft Bemühen, für Werk Dachau jede Produktionsmöglichkeit zu unterbinden, ohne die dadurch entstehenden materiellen und wirtschaftlichen Verluste zu berücksichtigen. Selbst wenn das Werk bei der Fabrikation bzw. durch die Hereinnahme des Auftrages ohne Gewinn oder mit etwas Verlust gearbeitet haben würde, wäre ein Verlust in dieser Höhe ganz undenkbar. Wir glauben, daß schon das eine Beispiel genügt[,] die ganze Tendenz der Hauptverwaltung im Punkte der Stilllegung zu kennzeichnen.« In Aufhausers Niederschrift »über die Vorgänge während der Sperrfrist« (sie trägt das Datum vom 12. April 1923) ist neuerlich von »einer bestimmten Sorte Händler« die Rede, denen hohe Materialbestände in die Hände gespielt würden. Daß die Werksleitung vor dem Massenentlassungstermin auch noch Zwangsurlaub anordnete, obwohl allein schon fällige Instandsetzungsarbeiten Beschäftigung genug geboten hätten, wertet Carl Aufhauser als weiteres Indiz dafür, »daß Werk Dachau aus dem Konzern der Deutschen Werke abgetrennt werden soll, um entweder in Verwaltung des bayr. Staates zu übergehen [sic] oder an eine Privatfirma verkauft werden soll«.

Hilfsappelle an den Landtag

Am 14. April 1923 wendet sich der Betriebsratsvorsitzende des Werkes Dachau an den bayerischen Staatsminister für soziale Fürsorge, Heinrich Oswald. Aufhauser teilt dem Ministerium mit, »dass die Deutsche Werke AG. Dachau bzw. eine ihr übergeordnete Stelle bereits



Aus der ehemaligen Pulverfabrik (aufgenommen im Jahr 1917) ging der Zweigbetrieb »Dachau P« der Deutsche Werke AG hervor. Die holz- und metallverarbeitende Produktionsstätte wurde 1923 stillgelegt. (Für das Überlassen des Reprofotos dankt der Verfasser dem Herausgeber der Broschüre »Das Areal der VI. Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau«, Herrn Reinhard Papenfuß).

mit dem Verschleiss von Rohmaterialien und Halbfabrikaten zu beginnen versucht«. Er bittet Minister Oswald, auf die Anordnung der »sofortigen Beschlagnahme der Rohmaterialien und Halbfabrikate zu Gunsten des Landesfiskus« hinzuwirken oder mit geeigneten Maßnahmen die »Materialverschleisse« zu unterbinden. Die Münchener Landtagsabgeordneten Vaith, Endres, Held und Hilpert waren Adressaten einer schriftlichen Stellungnahme des Dachauer Betriebsrates zu einer Unterredung, die am 16. April 1923 beim bayerischen Handelsministerium unter Beteiligung von Werks- und Gewerkschaftsvertretern geführt worden war. Carl Aufhauser protokollierte darin eine Aussage des Repräsentanten der Deutschen Werke AG für Bayern, Geheimrat Prinz, wonach es »ganz selbstverständlich« sei, »daß man einen faulen Ast bei einer solchen Gelegenheit vollständig absägt«. Das Unvermögen, in Dachau eine Stammfabrikation aufzubauen, habe die Hauptverwaltung einmal mehr der Dachauer Werksleitung in die Schuhe geschoben. Geschickt verstehe es die Hauptverwaltung immer wieder, von ihren eigenen, schwerwiegenden Organisationsmängeln abzulenken, indem sie Kleinigkeiten hochspiele, um krampfhaft die Unwirtschaftlichkeit des Werkes Dachau zu predigen. Aufhauser beschreibt, wie Geheimrat Prinz den bayerischen Handelsminister Wilhelm von Meinel mit folgender Geschichte beeindrucken konnte: 27000 Mark pro Fahrt würden allein dadurch verschleudert, daß Werksangehörige von auswärts frühmorgens mit einem werkseigenen Dampfzug vom Dachauer Bahnhof abgeholt und ins Werk gefahren werden. Aufhauser stellte richtig, daß es sich um eine feuerlose Lokomotive handle, die ihren Dampf aus der Leitung des Kraftwerkes zapft und deswegen kein Gramm Kohle verbraucht. Aufhauser regte an, doch lieber die luxuriösen Wohn- und Transportgepflogenheiten so mancher Werksdirektoren unter die Lupe zu nehmen.

Daß auch die darauffolgende Erörterung im Bayerischen Landtag negativ verlief, mußte der SPD-Fraktionsvorsitzende Fritz Endres dem Dachauer Betriebsrat am 5. Mai 1923 mitteilen. Endres fügte seinem Brief eine drei Tage früher abgefaßte Erklärung des Staatsministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe bei, in der die Stilllegung des Werkes Dachau bedauert wird. Auf 135 Arbeiter und 70 Angestellte bezifferte das Ministerium die Zahl der Entlassungen; die übrigen 100 Arbeiter und 20 Angestellten wurden nach offiziellen Angaben von anderen Zweigbetrieben übernommen. »Der ausserdem noch in Dachau befindliche Betrieb, der sich mit der Montage der im Münchener Werk gefertigten landwirtschaftlichen Maschinen befaßt, wird aufrechterhalten«, bestätigte das Handelsministerium. »Er beschäftigt z. Zt. 260 Arbeitnehmer. Es besteht die feste Absicht, diesen Betrieb als für das Münchener Werk unentbehrlich durchzuhalten.«

Der BVP-Abgeordnete Dr. Sebastian Schlittenbauer übersandte dem Dachauer Betriebsrat eine Kopie seiner Eingabe an das Handelsministerium vom 9. Mai 1923. Schlittenbauer erinnerte die bayerische Regierung an ihre »moralische Verpflichtung«, nach der bereits beschlossenen Stilllegung der Deutschen Werke Dachau nunmehr wenigstens deren Liquidation zu verhindern; »denn die Leitung der Deutschen Werke hat diese Betriebe seiner-

zeit um eine lächerlich geringe Summe erhalten, die selbst bei dem damals bedeutend höheren Geldwert nur ein Pappenstiel war, in der Voraussetzung, dass die Werke teils um der Arbeiter willen erhalten werden, teils für Zwecke, die sich einmal wieder im Interesse des Vaterlandes ergeben könnten. Deshalb dürfen die Werke jetzt nicht planlos verschleudert werden, wobei für die jetzigen Inhaber der Werke Riesenliquidationsgewinne gemacht würden.« Schlittenbauer forderte eine konzentrierte Aktion aller Beteiligten »über die Frage, was von Bayern aus geschehen kann, um ein solches Ende der Deutschen Werke in Bayern hintanzuhalten«.

Der Betriebsrat resigniert

Resignation spricht aus einem Brief, den Carl Aufhauser am 16. Mai 1923 an den Gewerkschaftsbund der Angestellten in Berlin-Zehlendorf richtete. Denn auch die Intervention des Gewerkschaftsbundes an den Reichsarbeitsminister Albert war zuständigkeitshalber wiederum bei der Hauptverwaltung der Deutschen Werke gelandet. So scheiterten alle Versuche des Dachauer Betriebsrates, den Regierungsbehörden gegenüber nachzuweisen, daß nicht etwa Unvermögen der örtlichen Werksleitung, sondern »mangelhafte Verkaufsorganisation der Hauptverwaltung« die prekäre Situation hervorgerufen hatte. Die bayerischen Regierungsstellen hätten in dieser Angelegenheit alles getan, um bestehende »Unklarheiten zu begünstigen«. Am 16. Mai 1923 macht Aufhauser in einem Brief an den Abgeordneten Schlittenbauer keinen Hehl aus seinem Eindruck, daß das Bayerische Handelsministerium »einzig und allein nur die Berichte der Hauptverwaltung der Deutschen Werke für ernst nimmt« und jegliches Eingreifen unter Verweis auf fehlende Rechtsgrundlage ablehne. »Daß wir bisher nicht den geringsten Erfolg zu verzeichnen haben, ist einzig und allein dem Umstande zuzuschreiben, daß unsere an sich sehr bescheidenen gesetzlichen Rechte so ausgestattet sind, daß es der anderen Partei leicht möglich ist, dieselben nach Belieben zu drehen oder zu umgehen.« Auch die persönliche Resignation des Betriebsratsvorsitzenden tritt jetzt unverhüllt zutage: »Falls Sie eine Rücksprache an uns haben[,] bitten wir Sie ebenfalls[,] sich der Privatadresse des Unterzeichneten (Carl Aufhauser, Dachau, Deutsche Werke) zu bedienen, weil z. Zt. nicht gesagt werden kann[,] ob nicht schon vor Ablauf der Kündigungsfrist seitens der maßgebenden Direktoren auf die Dienste des Unterzeichneten verzichtet wird.« Seinen unabwendbar bevorstehenden Kündigungstermin zum 30. Juni 1923 vor Augen, enthüllte Carl Aufhauser in einem weiteren Brief an die SPD-Landtagsfraktion (16. Mai 1923) die »Protektionswirtschaft« in den Deutschen Werken Dachau und München: »Die beiden Herren, Direktor Bohn (kaufm. Direktor von Werk München und Dachau) sowie Herr Dr. Grau (Sozialreferent für beide Werke) begünstigen heute sehr ihre Freunde aus den Reihen eines stud. Corps. Die gleichen Herren ergehen sich dabei in kräftigen Worten gegen das System[,] welches ein anderer Direktor, der noch neben ihnen in Tätigkeit ist, beliebt hat und welches darin bestand, in einem bestimmten Zeitraum einen ganzen Stab seiner früheren Offiziere und Mitarbeiter in seinem Werk zu protechieren [sic].« Aufhausers knappe Anmer-

Sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtages

Nr. 3432.

München, den 19. Mai 1923.

Herrn

K a r l A u f h a u s e r ,

D a c h a u .

Deutsche Werke.

Betreff:

Stillegung des Werkes Dachau

der Deutsche Werke A.-G.

kung läßt darauf schließen, daß sich im Reichskonzern Deutsche Werke vaterländisch und völkisch gesonnene Kräfte vor allem in der mittleren Führungsebene etabliert haben. Im Fall Dachau mag deren genaue Kenntnis von Bausubstanz und Erschließungszustand der Fabrikanlage eine wichtige Entscheidungsgrundlage gewesen sein, als zehn Jahre später der kommissarische Polizeipräsident Heinrich Himmler und die NS-Behörden den Zugriff auf das brachliegende Werksgelände zum Bau eines Konzentrationslagers vollzogen.

»Beschämend für alle Zeiten«

Bei einer Besprechung zur Lage der Deutschen Werke in Dachau am 17. Mai 1923 im Bayerischen Handelsministerium steht erneut die Frage des Grundeigentums im Mittelpunkt. Der Landtagsabgeordnete Dr. Schlittenbauer überließ der Redaktion des »Amper=Boten« ein Gesprächsprotokoll, das von dort an den Dachauer Betriebsratsvorsitzenden weitergeleitet wurde. Darin heißt es: »Am schwierigsten liegen die Verhältnisse in Bayern auf Grund der bayerischen Reservatrechte. Die Deutschen Werke sind auf das bayerische Militär-Aerar eingetragen, damit ist Bayern formalrechtlich Eigentümer des Grund[sic] und Bodens. Damit werden Investitionen seitens der Deutschen Werke ausserordentlich erschwert, weil immer wieder die Eigentumsfrage auftauchen wird.« Gegenwärtig sei der Zustand so, »dass Grund und Boden bayerisches Eigentum ist [sic], die Gebäude sind zum Teil bayerisches, zum Teil Reichseigentum, die Maschinen und Materialräume sind unbestrittenes Reichseigentum«. Die Besprechung führte zu dem Ergebnis, daß der Wert des bayerischen Besitzes prozentual bemessen und »mit einem entsprechenden Anteil an Aktien der Deutschen Werke und mit Sitz und Stimme im Aufsichtsrat beteiligt wurde«.

Die Gesprächsrunde im Handelsministerium drehte sich natürlich auch um das »Schmerzskind«: die ehemalige Pulverfabrik »Dachau P«. Wenig geeignet, weil zu weit verstreut, seien die Gebäude für einen maschinellen Betrieb von vornherein gewesen, viel zu groß von Anfang an der Personalapparat. Mangel an Zielbewußtsein, Planmäßigkeit und Energie wurde sowohl dem Direktor Weinlich von der Zentrale in Berlin als auch

dem Direktor von »Dachau P«, Carl Prühäuser, vorgeworfen. Es sei nicht beabsichtigt, »Dachau P« stillzulegen, »wohl aber zu sanieren«, wurde als weiteres Gesprächsergebnis festgehalten. Dies solle durch Personalabbau, Kostensenkung und eine neue Stammfabrikation bewerkstelligt werden. Ins Auge gefaßt wurde dabei die Produktion von Teppichkehrmaschinen für Exportzwecke zu einem konkurrenzfähigen Preis.

Als Carl Aufhauser schließlich auch vom Aufsichtsrat der Deutschen Werke auf Wiederaufnahme des Betriebes in »Dachau P« zu einem Zeitpunkt, da die Marktchancen wieder steigen, getröstet wird, und als man auch von diesem Gremium darüber belehrt wird, daß die Deutschen Werke als »Erwerbsunternehmen« den Betrieb nicht aufrecht erhalten können, »wenn mit Verlust gearbeitet wird«, kapituliert der Dachauer Betriebsrat: »Wir haben die ganze Situation erkannt und müssen feststellen, daß es wirklich weiter keinen Wert hat, sich mit der Sache zu beschäftigen, die ein äußerst trauriges Kapitel für alle Beteiligten darstellt. Beschämend muß es für alle Zeiten für unsere führenden Köpfe bleiben«, schreibt Aufhauser am 1. Juni 1923 an den Gewerkschaftsbund der Angestellten. Am 8. Juni 1923 erklärt der Betriebsrat der Deutschen Werke AG in Dachau seine Tätigkeit für beendet.

Ausblick

Teppichkehrmaschinen »made in Dachau« haben die Deutschen Werke weder 1923 noch in den darauffolgenden Jahren exportiert. Das Zweigwerk »Dachau P« blieb stillgelegt. Im Frühjahr 1924 geriet auch die Dreschmaschinenfabrikation des Münchener Ablegers »Dachau L« in Absatzschwierigkeiten. Am 5. Juni 1924 berichtet die Dachauer Lokalzeitung »Amper=Bote« über eine Tagung des Christlichen Gewerkschaftskartells zum Thema »Krisis in den Deutschen Werken«. Einen Metallarbeiterstreik beantwortet die Werksleitung mit Aussperung.¹⁰ Am 12. Juli 1924 liest man im »Amper=Boten« von der teilweisen Wiederaufnahme der Dreschmaschinenherstellung. Es ist nur ein kurzes Aufflackern, denn am 30. August 1924 hat der Dachauer Marktgemeinderat über den Antrag der Deutschen Werke Berlin zu befinden, das Werk Dachau der Gemeinde einzuverleiben.

Weil das Werksgelände nicht unmittelbar an den Markt Dachau grenzt, aber auch »mit Rücksicht auf die durch Eingemeindung entstehenden verwaltungstechnischen Schwierigkeiten« lehnt der Dachauer Gemeinderat den Antrag ab.¹¹ In der Ausgabe vom 11. November 1924 berichtet der »Amper=Bote«: »Auch das Dachauer Werk wurde am vergangenen Samstag, also am 8. November 1924, stillgelegt.« Das Werk München, das für einen Teil der entlassenen Dachauer Mitarbeiter die letzte Station bei den Deutschen Werken gewesen ist, steht Mitte des Jahres 1925 vor dem Ende. Dem Dachauer Mechanikerlehrling Josef Groß, der am 15. Mai 1922 mit dem Werk Dachau einen vierjährigen Lehrvertrag abgeschlossen hat, werden bei seiner Übernahme von der Münchner Firma Friedrich Deckel »3 Jahre und 2 Monate, die der Lehrling in den Deutschen Werken München-Dachau gelernt hat«, angerechnet.¹² Demnach wurden die Deutschen Werke München im Juli 1925 stillgelegt; rund 500 Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz. Die noch im selben Jahr gegründete »Verwertungsgesellschaft Deutsche Werke« konnte die Liegenschaften in Dachau nicht veräußern, so daß sie gegen Rückgabe der Aktienanteile und Mitspracherechte wieder in das Eigentum des bayerischen Staates übergingen.

Anmerkungen:

¹ N. N.: Handel und Wandel in Bayern. In: Münchner Neueste Nachrichten vom 12. April 1923.

² Wolfgang Zorn: Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert/Von der Monarchie zum Bundesland. München 1986, S. 259 ff.

³ Werner Dreher: Die Deutsche Werke AG in Dachau (Teil III). Amperland 31 (1995) 156 f.

⁴ StA Dah Fremdbestand, Deutsche Werke AG, Werk Dachau, Betriebsratskorrespondenz vom 29. Juni 1922 bis 8. Juni 1923. – Aus der Betriebsratsakte stammen alle weiteren zitierten Sachverhalte, soweit keine andere Quelle angegeben ist.

⁵ Sybille Steinbacher: Dachau – Die Stadt und das Konzentrationslager in der NS-Zeit/Die Untersuchung einer Nachbarschaft. Frankfurt am Main 1993, S. 82 f.

⁶ N. N.: Das Handelsministerium. In: Münchner Neueste Nachrichten vom 16. März 1923.

⁷ Aufsehen erregte namentlich in sozialpolitischen Kreisen, daß der bislang eher arbeitsplatzsichernde Status des Reichsbetriebes schrittweise einer privatkapitalistischen, profitorientierten Unternehmensstrategie weichen sollte. Die Wirtschaftsredaktionen deutscher Zeitungen, so auch die Münchner Neuesten Nachrichten vom 18. April 1923, meldeten die Gründung einer neuen Aktiengesellschaft zur Fabrikation von Schreibmaschinen in Berlin, an der sich die AEG und die Deutsche Werke AG mit je 55 Millionen Mark Stammkapital beteiligten.

⁸ Zum Preisvergleich eine Notiz aus dem Neuen Münchener Tagblatt vom 20. April 1923 aus dem Bezirk Friedberg: »Das Bezirksamt macht bekannt, daß jeder Landwirt, der Eier zu einem höheren Preis als 180 M abgibt, Anzeige wegen Preistreiberei zu gewärtigen hat.«

⁹ Vergleiche hierzu Hans-Günter Richardi: Schule der Gewalt/Die Anfänge des Konzentrationslagers Dachau 1933/34/Ein dokumentarischer Bericht. München 1983, S. 261 Anm. 20.

¹⁰ Amper-Bote/Dachauer Lokalblatt Nr. 68 vom 5. Juni 1924.

¹¹ StA Dah RPr v. 30. 8. 1924 Nr. 297

¹² Lehrvertrag zwischen Josef Groß, Dachau, und der Deutschen Werke AG, Werk Dachau, sowie Übernahmevertrag mit der Firma Friedrich Deckel, München. Vertragsabschlüsse am 15. Mai 1922 in Dachau beziehungsweise am 6. August 1925 in München. Privatarchiv des Verfassers.

Anschrift des Verfassers:

Werner Dreher, Felix-Dahn-Straße 9, 85221 Dachau

Das Ende des Konzentrationslagers Dachau vor fünfzig Jahren

Von Hans-Günter Richardi

(Schluß)

Die letzten Tage des Konzentrationslagers Dachau bleiben weiter von dem unbeschreiblichen Elend geprägt, dem die Gefangenen vor ihrer Befreiung im zunehmenden Maße ausgesetzt sind. Zum Fleckfieber, das seit Monaten im Lager grassiert, kommt jetzt noch verstärkt der Hunger, der das Leben der Inhaftierten bedroht. Mit Entsetzen sehen die Häftlinge, wie das Essen immer weniger wird. Die Lagerleitung kürzt erbarmungslos die ohnehin schmalen Brotrationen, und auch an der warmen Kost, die seit Beginn des Zweiten Weltkrieges im KL Dachau nur aus Eintopfessen,¹ oft lediglich aus einer wässerigen Steckrübensuppe besteht, wird mehr und mehr gespart.

Längst reicht die Verpflegung nicht mehr dazu aus, die Kräfte der Gefangenen zu erhalten. Die Männer verfallen zusehends, und der Hunger, der sie ständig begleitet, wird zur Qual. »Heute«, schreibt der Häftling Edgar Kupfer-Koberwitz am 6. Februar 1945 in sein Tagebuch,² »gibt es statt eines Viertels nur noch ein Fünftel Brot im Lager, also statt dreihundertfünfundsiebzig Gramm dreihundert Gramm. Das Essen ist aber seit etwa vierzehn Tagen etwas besser geworden.«

Kupfer-Koberwitz erinnert mit diesem Hinweis an die Hungerzeit im Dezember 1944, als die SS damit begon-

nen hat, die Verpflegung drastisch einzuschränken. So vermerkt er am 25. Dezember, also ausgerechnet zum ersten Weihnachtsfeiertag, in seinen heimlich geführten Aufzeichnungen: »Das Essen ist sehr schlecht geworden. Alle haben Hunger, und es gibt nur Wassersuppen und einmal Brot am Tag.«³ Am 29. Dezember registriert er eine weitere Verschlechterung der Kost: »Jetzt gibt es abends keine Margarine mehr, statt dessen zum Brot eine Suppe wie Spülwasser.«⁴

Vor allem mangelt es an Kartoffeln. »Diese«, notiert der Häftling Karl Adolf Gross am 22. Dezember 1944 in sein Tagebuch,⁵ »werden zur Rarität, um die man sich noch schlägt. Schon sind ganze Kommandos⁶ wegen »Organisierens von Erdäpfeln« aufgelöst und bestraft worden; wie mir der Knabe Hiob sagte, werden von nun an die Kartoffeldiebe kurzerhand aufgehängt. (...) Das Gespenst Hunger klopft mit seiner knochigen Hand bereits vernehmlich an unsere Lagerpfoten; gar mancher, der vor kurzem noch dick und rund war, läuft jetzt mit hohlen Backen umher. Die Augen trüben sich, die Stimmung wird noch gereizter, als sie vorher schon war, denn die Not macht die Menschen nicht besser, sondern schlechter, oder vielmehr, sie läßt den wahren Charakter, den er immer schon hatte, ans Licht treten.«

Ungeachtet der vielen Opfer, die der Hunger fordert,